ÉCOLE
NORMALE
SUPÉRIEURE
DE LYON

15 parvis René-Descartes
BP 7000, 69342 Lyon cedex 07
Tél. +33 (0)4 37 37 60 00
www.ens-lyon.fr

Concours d'entrée 2024

Annexe sujets

Allemand
Toutes séries

Épreuve d'admission : Analyse en langue étrangère d'un texte étranger hors programme (LA)

UNIVERSITÉ DE LYON
ENS DE LYON

www.taz.de, 03.06.2024

100. Todestag von Franz Kafka : Er kommt einem nahe

von Dirk Knipphals

Jeder Aspekt seines Lebens ist erforscht. Doch es bleibt ein literarischer Überschuss, ein Geheimnis, die verblüffte Frage: Wie kommt er darauf?

Am Schluss dieses nicht sehr langen, aber intensiven Lebens, das am 3. Juni 1924 endete, stehen Atemgeräusche: Tuberkulose. In seinen späten Erzählungen spielen sie auch eine wichtige Rolle. Ganz ohne labyrinthische Räume, Irrwege und höhere Späße rund um Schuldfragen geht es in ihnen natürlich auch nicht. Aber sie sind in seinen letzten Texten zurückgedrängt, und im erzählerischen Zentrum steht: ein Zischen und ein Pfeifen. Das Atmen, in seiner dringlichen Körperlichkeit.

In der Erzählung „Der Bau“ beschreibt Franz Kafka die unheimliche Seite dieser Atemgeräusche – „unverändert dünn in regelmäßigen Pausen, einmal wie Zischen, einmal eher wie Pfeifen“. Aber „beschreiben“ ist gar nicht das richtige Wort, besser wäre es zu sagen, er macht etwas literarisch mit diesem Unheimlichen.

Erzählt ist das aus der Ich-Perspektive eines in unterirdischen Gängen lebenden einzelgängerischen Tieres. […] Dieses Tier hört also ein Geräusch, das ihn alarmiert, dessen Ursache es aber nicht herausfinden kann. Es sucht und sucht, stellt umfangreiche Vermutungen an und fühlt sich von einem Feind verfolgt. Worauf dieses Tier aber partout nicht kommt, ist, dass dieses Zischen das Geräusch seines eigenen Atems ist. Vor der Außenwelt geschützt in seinem labyrinthischen Bau, wird das Tier gejagt von seinem eigenen Atmen. Was für ein Bild!

Zu den vielen schönen Dingen bei Franz Kafka gehören solche ganz direkten und leicht eingängigen Motive. Entgegen dem Klischee, das bei ihm Dunkelheit und Verkünstelung verortet, ist Kafka unter den Großklassikern, die wir haben, der unmittelbar zugänglichste.

Der zugänglichste Klassiker

Bei Marcel Proust und James Joyce sind ohne Hilfe viele Anspielungen gar nicht mehr verständlich. Auch bei Thomas Mann braucht es längst kommentierte Ausgaben. Bei Kafka dagegen ist das anders. Die Ausgangslage der „Verwandlung“ („Als Gregor Samsa eines Morgens …“), die Dringlichkeit des „Briefs an den Vater“, auch das Anliegen des Affen in dem „Bericht an eine Akademie“, die vielen Szenen zwischen Männern und Frauen, in denen man nicht weiß, ob sie sich herzen oder miteinander ringen, das alles versteht man schon. […]

Zugleich ist Franz Kafka aber auch ein Autor, den man hermeneutisch unglaublich hochdrehen kann. Dem pfeifenden Atem zum Beispiel widmet er sich auch in seiner letzten Erzählung „Josefine die Sängerin oder Das Volk der Mäuse“. Die erzählende Maus denkt darin sorgfältig über die Sangeskunst dieser Mäuse-Sängerin nach: „Ist es denn überhaupt Gesang? Ist es nicht vielleicht doch nur ein Pfeifen? Und Pfeifen allerdings kennen wir alle, es ist die eigentliche Kunstfertigkeit unseres Volkes, oder vielmehr gar keine Fertigkeit, sondern eine charakteristische Lebensäußerung. Alle pfeifen wir, aber freilich denkt niemand daran, das als Kunst auszugeben.“ Niemand, außer Josefine.

Was Kafka aus dieser Idee macht, ist ein schillerndes Nachdenken über die Kunst, das gerade auch in Zeiten des autofiktionalen Schreibens, in denen die Literatur dem Leben nicht entgegensteht, sondern mit ihm verbunden ist, große Aktualität hat – ist es Gesang?, ist es „nur“ ein Pfeifen?

Zum anderen macht Kafka daraus eine Reflexion über das Verhältnis von Einzelnem und Gemeinschaft. Will man aus der Gruppe herausragen, will man von ihr getragen werden? Das wird anhand von Josefine hin und her gewendet. In diesem Sinne löst diese Erzählung eine Forderung an Literatur ein, die Kafka einmal formuliert hat, nämlich, ein „ernstes Wort von Mensch zu Mensch“ zu sein. Und sie tut das auch in der aktuellen Situation, in der die Fragen nach Anerkennung jedes einzelnen Einzelnen zu einer gesellschaftlichen Triebkraft insgesamt geworden sind.

Zentraler Autor der Moderne

Man kann den zischenden und pfeifenden Atem gleichzeitig natürlich auch auf Kafkas Atembeschwerden beziehen, die mit der Tuberkulose einhergehen. Neben der Hochdeutung seiner Texte – als zentraler Autor des Absurden und der Moderne wurde er gesehen, der Poststrukturalismus verwendete seine „Strafkolonie“, um zu zeigen, wie der Diskurs sich in den Leib einschreibt – stellt die biografische Methode ja eine zentrale Herangehensweise an sein Werk dar.

Darüber lässt sich viel über das Leben in seiner Zeit erfahren, über ihre patriarchale Ordnung und Geschlechterverhältnisse, bürgerliche Lebensformen und jüdische Assimilationsansätze. Doch in ihren realen Kontexten gehen diese Texte nicht auf, da ist immer noch ein literarischer Überschuss, eine Überraschung, ein verblüfftes „Wie kommt er bloß darauf?“.

Es gibt offenbar etwas, was Kafka bei all den Bibliotheken der Deutungen seiner Texte vor dem endgültigen Ausgedeutetsein schützt. Theodor W. Adorno hat einfach recht, wenn er in seinen „Aufzeichnungen zu Kafka“ schreibt: „Jeder Satz spricht: deute mich, und keiner will es dulden.“ […]

Die Genauigkeit seiner Einfälle

Von Adorno stammt auch der Satz: „Nicht das Ungeheuerliche schockiert, sondern dessen Selbstverständlichkeit.“ Das hat er mit Blick auf die grausamen Szenen bei Kafka geschrieben, und das ist schon auch so. Mit Blick auf die späten Erzählungen, aber auch viele andere Stellen seines Werks, lässt sich anfügen, dass Kafka einem gerade nicht durch Sentimentalität, sondern in seiner Strenge und Kühle, in der Genauigkeit seiner Einfälle nahe kommen und bei veränderten gesellschaftlichen Konstellationen auch bleiben kann.

Dieses Zischen und Pfeifen kann einen dabei ein Leben lang immer wieder anders begleiten. Ich weiß noch, mit welchem Ernst mein Schulfreund Olaf – wir hatten in Deutsch „Das Urteil“ gelesen – den Satz sagte: „Das ist faszinierend, ich weiß nur nicht, warum.“ Eigentlich ist das der zentrale Satz im Umgang mit Franz Kafka geblieben (Adorno drückt den Gedanken elaborierter aus, er spricht von der „Insistenz vor dem Geheimnis“). Es fasziniert einen, und man findet immer wieder andere Gründe, warum.

Als der Satz fiel, gab es noch die alte Bundesrepublik. Nine-to-five-Jobs, Kleinfamilie, normal sein – das war die Hegemonie. Kafka allerdings zeigte einem die Fremdheit dieser Welt auf. Nicht nur er, aber er doch vielleicht am gründlichsten.

Unendliche Sinnsuche

Inzwischen hat sich viel geändert. Die Arbeitswelt wurde flexibilisiert, alle Institutionen winden sich durch ihre Krisen, unhinterfragte Normalität wurde abgeschafft. Von da aus liest man Kafka heute anders. Während uns damals mit dem Normalitätsparadigma im Rücken sehr beschäftigte, ob, was er schreibt, nicht doch irgendwie „verrückt“ ist – wir hatten andere Bezeichnungen dafür, „abgedreht“, sagten wir etwa –, kann man heute die Selbstverständlichkeit wahrnehmen, mit der seine Texte Identitätsprobleme, Sinnsuche und die alltägliche Selbstfindungsarbeit darstellen, die alle nie zu einem Ende kommen.

Vielleicht ist die Welt seinen Texten sogar entgegengekommen. Heute jedenfalls scheinen Kafkas Erfindungen so real wie der Kölner Dom, die Atombombe, der Euro oder das Internet

90 (das war alles einmal „ausgedacht“). Und durch die Ambivalenzen des Daseins geht man hindurch, und zwar mal zischend und mal pfeifend.

www.tagesspiegel.de, 10.04.204

Berlinale-Eklat im Bundeskulturausschuss: Raus aus der toxischen Konfrontation

von Andreas Busche

Kulturstaatsministerin Claudia Roth und Berlinale-Geschäftsführerin Mariette Rissenbeek müssen sich im Kulturausschuss kritischen Fragen stellen. Aber ihre Antworten betreffen nicht nur die Kultur.

Die Berlinale-Abschlussveranstaltung von Ende Februar, bei der Jury-Mitglieder und einige Preisträgerinnen und Preisträger ihre sehr einseitige Solidarität mit Palästina erklärten, während antisemitisch gefärbte Begriffe wie „Genozid“ und „Apartheid“ auf der Bühne zu hören waren, hat nun auch den Bundeskulturausschuss beschäftigt.

Am Mittwoch traf sich der Parlamentarische Ausschuss für Kultur und Medien, um über „Antiisraelische und antisemitische Vorfälle bei der Berlinale“ zu reden, wie die Sitzung überschrieben war.

Es sollte um eine Aufarbeitung der Ereignisse gehen, aber auch weiter gefasst um die Frage, wie die Kulturszene in einer immer polarisierteren Gesellschaft, in der Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus um sich greifen (gleichzeitig aber auch instrumentalisiert werden), für einen Dialog offen bleibt, ohne „rote Linien“ zu überschreiten.

Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth musste als Vorsitzende des Aufsichtsrats der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB), die die Berlinale ausrichtet, Rede und Antwort stehen, Berlins Bürgermeister Kai Wegner, in diesem Jahr erstmals Mit-Ausrichter des Filmfestivals, war der Einladung des Ausschusses nicht gefolgt.

Vor allem Roth war nach der Veranstaltung im Februar vorgeworfen worden, die israel-kritischen Dankesreden des israelischen Preisträgers Yuval Abraham und seines palästinensischen Kollegen Basel Adra für ihren Film „No Other Land“ beklatscht zu haben, statt in den Ablauf des Abends einzugreifen.

Die Kulturstaatsministerin hatte sich seit der Berlinale schon einige Mal zu den Vorfällen geäußert, am ausführlichsten in einem „Spiegel“-Interview im März. Am Mittwoch bekräftige Roth noch einmal ihre Entscheidung, als Politikerin nicht in der Veranstaltung eines Kulturfestivals interveniert zu haben. Gleichzeitig kritisierte sie, dass es der Kritik während der Gala an jeglicher Empathie gegenüber den Opfern in Israel gemangelt habe.

Differenzierte Stellungnahme der Berlinale

Roth erklärte aber auch, dass in der erhitzten Debatte um die Berlinale nicht zwischen den persönlichen Meinungen von Filmschaffenden und der prinzipiellen Haltung des Filmfestivals unterschieden worden war. Die ehemalige Berlinale-Geschäftsführerin Mariette Rissenbeek hatte zu Beginn der Eröffnung - und auch bei der Abschlussveranstaltung eine sehr differenzierte politische Stellungnahme abgegeben.

Umso ärgerlicher ist es jetzt, so Rissenbeek, wenn die Berlinale mit fast tausend Vorführungen an einigen wenigen Dankesreden gemessen wird. Selbst bei der Verleihung des Publikumspreises an „No Other Land“ war es nicht zu Protesten gekommen.

Rissenbeek, die kurz nach dem Festival zusammen mit dem Künstlerischen Leiter Carlo Chatrian vor den KBB-Aufsichtsrat zitiert worden war, um Rechenschaft abzulegen, ist in der aktuellen Debatte nur zu bedauern. Fehler sind zweifellos gemacht worden, zumal die Doppelspitze schon Anfang Februar im Tagesspiegel-Interview erklärt hatte, die Berlinale-Teams vor Ort seien für den Umgang mit pro-palästinensischen Protesten geschult worden.

Die Moderatorin Hadnet Tesfai kann damit nicht gemeint sein, der Begriff „Genozid“ sei laut Rissenbeek ein Grund zum Einschreiten gewesen. Sie hebt noch hervor, dass die Abschlussveranstaltung in der Zuständigkeit von ZDF/3sat lag.

Auch sei längst bekannt gewesen, dass sich der israelische Schauspieler David Cunio, der 2013 mit dem Film „Youth“ auf der Berlinale war, unter den Entführten im Gaza-Streifen befindet. Dass das Festival damals entschieden hatte, seinen Namen in der Solidaritätsbekundung nicht zu erwähnen, nennt sie am Mittwoch einen Fehler. Die Berlinale hatte keinen Namen unter den Opfern hervorheben wollen.

Zwischen „Staatsräson“ und „Kunstfreiheit“

Es ist allerdings fraglich, ob eine Aufarbeitung der Berlinale eine Blaupause liefern kann, wie Politik und deutsche Kulturszene künftig mit dem Thema Israel umgehen sollten. Der Handlungsspielraum zwischen „Staatsräson“ und „Kunstfreiheit“ ist eine weite Grauzone, in der über Definitionen diskutiert wird, die je nach Perspektive sehr unterschiedlich ausfallen.

Roth verwies an dieser Stelle nochmals auf das von ihr beauftragte Rechtsgutachten des Verfassungsrechtlers Christoph Möllers, laut dem Bund und Länder prinzipiell zwar das Recht haben, Institutionen und Veranstaltungen mit antisemitischen Inhalten oder Gästen nicht zu fördern; sie stehen gleichzeitig aber auch in der Verantwortung, die Kunstfreiheit zu

gewährleisten. Die Kontrolle sei jedoch schwierig. Roth plädiert vielmehr dafür, die Eigenverantwortung der Kultureinrichtungen weiter zu stärken (was längst deren Praxis ist), durch Sensibilisierung, Workshops und Codes of Conduct.

Keine internationalen Künstlerinnen und Künstler mehr einzuladen, die nicht auf der rigorosen deutschen Linie liegen, ist sicher keine Lösung, darin sind sich am Mittwoch bis auf CDU- und AfD-Vertreter alle anwesenden Politiker einig. Roth erklärt jedoch: „Der oft stillschweigende Boykott gegenüber jüdischen Künstlerinnen und Künstlern bei internationalen Kulturveranstaltungen ist ein drängendes Problem.“ Die Einseitigkeit auf Kulturveranstaltungen fordere alle heraus, Politik und Kulturbereich.

Erster offizieller Auftritt von Tricia Tuttle

Die neue Berlinale-Leiterin, die Amerikanerin Tricia Tuttle, die zuletzt für das London Film Festival gearbeitet hat, beobachtet schon jetzt, dass im Ausland der „deutsche Weg“ oft skeptisch gesehen wird. Oft liest man das Wort „Zensur“ in der internationalen Debatte.

Für viele Menschen außerhalb Deutschlands, so Tuttle, sei es schwierig, die komplexe Debatte hier zu verstehen. Die künftige Intendantin durfte am Mittwoch ebenfalls ein paar Sätze zu ihrem Umgang mit Israel-Kritik und Palästina-Solidarität sagen, es war ihr erster offizieller Termin in Berlin. Was für ein Einstand.

„Wir möchten, dass dieses Festival weiterhin vital bleibt, national und international“, sagte Tuttle. „Kino ist eine Kunstform, die die Kraft hat, einander zu verstehen und miteinander in tiefere Kommunikation zu treten.“ Sie hoffe, dass die Aufmerksamkeit sich bald wieder auf die Filme richte, „die viel Komplexeres ausdrücken können als wir in unseren Diskussionen“.

Das bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass man notfalls auch unliebsame Meinungen aushalten muss, die auf anderen Erfahrungen beruhen als die der deutschen Geschichte. Roth forderte noch, dass wir wieder Orte für Diskussionen und kontroverse Auseinandersetzungen schaffen, „um aus den Bekenntnisfronten und der toxischen Konfrontation herauszukommen“. Bis im Februar hatte man angenommen, dass Filmfestivals solche Orte wären.

Denn natürlich hat der Kulturbetrieb kein Antisemitismusproblem, wie nach Documenta und Berlinale so oft zu hören war. Die Kultur bildet lediglich, wie alle anderen Bereiche des

öffentlichen Lebens, gesellschaftliche Phänomene ab. Das kann man in „Fachrunden“, in denen Politiker von CDU und AfD sitzen, gar nicht oft genug betonen.

90 Die Form der Kritik an der Berlinale hat zur eigentlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus nicht viel beigetragen, sondern nur die „Bekenntnisfronten“ verhärtet. Es ging dabei wieder sehr viel um Deutschland. Aber Staatsräson oder Kunstfreiheit muss keine Wahl sein. Beides ist möglich.

ÉCOLE
NORMALE
SUPÉRIEURE
DE LYON

15 parvis René-Descartes
BP 7000, 69342 Lyon cedex 07
Tél. +33 (0)4 37 37 60 00
www.ens-lyon.fr

Concours d'entrée 2024

Annexe sujets

Allemand
Toutes séries

Épreuve d'admission : Analyse en langue étrangère d'un texte étranger hors programme (LV1)

UNIVERSITÉ DE LYON
ENS DE LYON

Der Trost der RAF

Die Rote Armee Fraktion ist längst erledigt. Der Hype um die Festnahme eines ehemaligen Mitglieds zeigt, wie wichtig die Terrorgruppe noch immer für unsere Selbstwahrnehmung ist.

Der SPIEGEL-Leitartikel von Philipp Oehmke, 01.03.2024

Die RAF ist zurück in den Schlagzeilen der Medien und den Köpfen der Menschen, mehr als ein Vierteljahrhundert, nachdem die Terrorgruppe sich aufgelöst hat. Die Festnahme eines 65-jährigen ehemaligen Mitglieds, dessen Namen nur noch Spezialisten kennen, wird medial beschrieben und gefeiert, als wäre damit eine große Gefahr gebannt worden.

Immerhin haben wir die alte Terroristin dingfest machen können. Ihr werden die Beteiligung an drei Mordanschlägen und diverse Banküberfälle vorgeworfen. Sie hatte sich all die Jahre in, wo sonst, Kreuzberg versteckt. Weshalb bewegt das so viele Menschen tagelang? Natürlich geht es um den Rechtsfrieden, um Strafe und Gerechtigkeit, vor allem für die Hinterbliebenen der 33 Ermordeten der RAF.

Doch unabhängig davon – was macht die Anziehungskraft der RAF heute noch aus, welche Gefühle weckt sie in der kollektiven Psyche? Offenbar reaktiviert sie, in einer Zeit von starker Unsicherheit und großen Umbrüchen, eine bundesrepublikanische Erfahrung: dass Bedrohungen beherrschbar sind und es zum Erfolg führt, wenn der Staat rationale Entscheidungen trifft und dann hart und konsequent handelt.

In dieser Woche sprach der deutsche Kanzler darüber, dass er Angst vor einem Krieg mit Russland habe. Der französische Präsident hielt sich die Option offen, Bodentruppen in die Ukraine zu schicken, und der frühere und womöglich künftige US-Präsident Trump droht, Deutschland an Putin auszuliefern. Das alles kann einem berechtigte Angst machen.

Was hat das mit der RAF zu tun? Die Konsequenz, die Olaf Scholz heute im Umgang mit Russland vermissen lässt, hatte Scholz' Vorgänger und Freund Helmut Schmidt 1977 während der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF den Deutschen vorgelebt. Die Rote Armee Fraktion hatte damals den Staat an die Grenzen seiner Belastbarkeit geführt, doch er ist nicht eingeknickt. Das versetzte die gerade mal 30 Jahre alte westdeutsche Demokratie in einen Zustand der Hysterie. Weil der Staat sich der Herausforderung gewachsen zeigte, haben diese Jahre im Rückblick etwas Tröstliches.

Zugleich wurde damals ein bis heute nachwirkender Erzählstrang bundesrepublikanischer Geschichte verfasst, der diesem ansonsten biederen Land plötzlich einen Hauch von Bonnie und Clyde verlieh, dokumentiert in den zahlreichen Büchern und Filmen zur RAF.

Die popkulturelle Fixierung auf die teils schillernden Täter hat jahrzehntelang die Sicht auf das Leid der Opfer verstellt, eine Verharmlosung der Taten der RAF verbietet sich daher. Und doch kommt der Terrorgruppe und dem staatlichen Sieg über sie – 1998 hat die dritte Generation der RAF, der Klette angehörte, das Projekt für gescheitert erklärt – eine gewichtige Bedeutung für das Coming of Age der Bundesrepublik zu. Die Erfahrungen mit der RAF erweiterte die

kollektive Psyche um eine Prise Resilienz und die Biografie der Bundesrepublik um einen Hauch Gefährlichkeit.

Tatsächlich schwebt jenes politische System, das die RAF aus schwer nachvollziehbaren Gründen in die Knie zwingen wollte, heute in echter Gefahr. Der latent faschistische Staat, den die RAF unter der Oberfläche der Bundesrepublik erkennen wollte, wird von Identitären und AfD vorangetrieben und beginnt sich bereits in Hotels in Potsdam zu formieren.

Es gibt eine weitere historische Ironie: Einige, die einst Verständnis für die Anliegen der RAF gezeigt haben, werben angesichts von Wladimir Putins angestrebter Neuordnung Europas inzwischen laut dafür, das ursprünglich bekämpfte westliche Gesellschaftssystem mithilfe von Taurus-Marschflugkörpern militärisch zu verteidigen. Am besten unter dem Schutz der ehemals verhassten Imperialisten aus Amerika. Die US-Kasernen auf deutschem Boden, die die RAF einst attackierte, werden sich die meisten Deutschen zurückwünschen, wenn der militärische Konflikt mit Russland weiter eskaliert.

Und so markiert die Verhaftung der RAF-Terroristin Daniela Klette auch das endgültige Ende eines Gesinnungsluxus, der noch aus dem letzten Jahrhundert stammt, als ein paar Ex-Hippies genügten, um unser Sicherheitsgefühl auf die Probe zu stellen.

Die Anziehungskraft der Aussätzigen

Kommentar von Sebastian Herrmann, 30. Mai 2024, Süddeutsche Zeitung

Schon früh am Morgen drängelt sie sich in den Tag. Es gibt Frühstück, das Radio läuft und in den Nachrichten geht es darum, dass einer ihrer Vertreter etwas Ungeheuerliches gesagt hat, was nun als ungeheuerlich benannt wird. Am Abend, wenn das Radio beim Kochen läuft, ist es das Gleiche, fast jeden Tag. In Zeitungen wird währenddessen diskutiert, ob man ihre Vertreter in Talkshows einladen dürfe oder ob diese Partei verboten werden sollte. Kolumnistinnen schreiben einen Text nach dem anderen über die Gefahr, die von ihr ausgeht. Im Europäischen Parlament wollen sogar die anderen rechten Parteien nichts mehr mit diesem Haufen aus Deutschland zu tun haben. Es gibt T-Shirts, Pullis und Socken zu kaufen, die Abscheu vor ihr signalisieren. Graffiti oder Aufkleber mit gleicher Botschaft gehören zum geschmierten Wandinventar fast jeder S-Bahn-Haltestelle. Und wenn sie etwas besonders Abscheuliches verbreitet, versammeln sich Hunderttausende, um zu demonstrieren. Das ist im Grunde so, seit sie 2013 gegründet worden ist – in steigender Intensität und aus guten Gründen, weil: Das ist wirklich eine gefährliche Partei.

Hauptsache Krawall und Provokation

Wäre Ächtung ein effektives Instrument, dann gäbe es die AfD längst nicht mehr. Am Sonntag bei den Kommunalwahlen in Thüringen kam sie auf 26,3 Prozent, ihr Zuwachs im Vergleich zu 2019 betrug fast neun Punkte, sie landete nur knapp hinter der CDU. Es wird höchste Zeit, das Naheliegende anzuerkennen: Diese Partei lebt von ihrer Ächtung. Ihr Erfolg lässt sich nicht damit bekämpfen, demonstrativ den Anstand vor sich herzutragen und die eigene Tugend zu betonen. Die AfD profitiert davon, das schlimmste Schmuddelkind im politischen Kindergarten zu sein, mit dem zwar niemand spielen darf, das aber jeden Tag so laut tobt, schreit und um sich schlägt, dass es alle Aufmerksamkeit bindet. Ihr die Stimme zu geben, ist der maximal ausgestreckte Mittelfinger der Zornigen und Frustrierten in Richtung aller anderen Parteien. Das macht sie für die Mehrzahl ihrer Wähler attraktiv, nicht das Programm. Das ist ziemlich egal, kennt sowieso kaum jemand, Hauptsache Krawall und Provokation.

In den Politikwissenschaften existiert für dieses Phänomen der Begriff "negative partisanship", was sich als "negative Parteilichkeit" übersetzen ließe. Es beschreibt, dass Wähler in zunehmender Zahl ihre Stimme einer Partei nicht geben, weil sie diese unterstützten. Vielmehr treibt die Entscheidung an, wen sie auf gar keinen Fall wählen wollen. Die Stimme für eine Partei wäre dann in Wahrheit eine Stimme *gegen* eine andere Partei. In den USA offenbart sich das deutlich: Wer löst bei manchen größeren Grusel aus, die irren Trump-Republikaner oder die woken Demokraten? Im politischen Vielparteiensystem Deutschlands ist das weniger offensichtlich, aber auch hier gilt für sehr viele Wähler: Es ist leichter zu sagen, wen man auf keinen Fall wählen will, als eine Entscheidung *für* eine Partei zu treffen.

Auf die Reflexe der Gegenseite ist Verlass

Die Stärke der Partei vom rechten Rand ist vor allem Ausdruck der Schwäche der anderen Parteien. Es scheint ja fast egal zu sein, was dieser angeblich patriotische Haufen so treibt oder sagt. Funktionäre verkaufen sich an fremde Mächte, haben offenbar Geld aus China und

Russland angenommen. Sie scharwenzeln devot um Putin herum oder lassen sich vollkommen zugedröhnt im Thailand-Urlaub festnehmen. Die Vorsitzende lebt offenbar weitgehend in der Schweiz, was für Nationalisten, die ständig was von Deutschland, Deutschland predigen, wenigstens, na ja, lustig ist. Schaden kann all das der AfD nicht, weil die Mehrzahl ihrer Wähler sich primär deshalb für sie entscheidet, weil sie alle anderen Parteien so schrecklich findet.

Eine der wirksamsten Waffen von Rechtspopulisten und -extremisten ist es, Themen in stinkende Tabuklumpen zu verwandeln, indem sie sich zu ihnen äußern. Das lähmt den Diskurs: Die hypermoralische Gegenseite schäumt dann von "rechten Narrativen", die nicht bedient werden dürften, und weitet damit die Zone dessen noch weiter aus, was alles als "rechts" zu gelten hat. Sie verfeinert Sprachtabus, vertieft ihren Fetisch für Identitätsmerkmale, beschädigt die eigene Aufrichtigkeit und produziert teils atemberaubende Widersprüche. Derweil verirrt sie sich auf ihrer Seite des politischen Hufeisens, wie sich das gerade in den antisemitischen Protesten an Universitäten in den USA, Europa und Deutschland offenbart. Die Rechten eskalieren ihrerseits ihre Rhetorik, schlachten Widersprüche und Exzesse des linken Lagers aus, provozieren, zündeln und verachten diese artig gendernden Scheinheiligen mit noch mehr Inbrunst. Es ist ein Kampf der Karikaturen.

Was in Wahrheit die Schlussfolgerung wäre

Die Schlussfolgerung lautet nicht, eine Partei wie die AfD zu umarmen und im Kreis der Familie zu begrüßen. Sie lautet, dass es nicht reicht, immer lauter anständig zu sein und Moral wie ein Statussymbol vor sich herzutragen. Stattdessen: durchatmen, weniger Hysterie, etwas mehr Gelassenheit und nicht jeden Provokationsball annehmen, den diese Partei spielt. Wichtige Themen müssen ohne Angst vor falschem Beifall diskutiert werden können – weil alles andere nur Beifall für die Partei provoziert, die darauf immer irgendwas von Zensur faseln kann. Es sollte im Diskurs um Argumente gehen und nicht um die Identitäten derer, die sie aussprechen; so wie es sich für eine offene, freie, plurale Gesellschaft gehört. Auch trotz berechtigter Empörung sollte nicht jedem Irrsinn aus der AfD zu Aufmerksamkeit verholfen werden, indem dieser Irrsinn auf allen Kanälen wiederholt und gegeißelt wird. Vor allem aber geht es darum, insgesamt die bessere Show zu bieten. Eine Show, die ein großes Publikum begeistern oder wenigstens ein bisschen interessieren kann. Ganz besonders das.

Die Realitätsverweigerer

Hilmar Klute, 7. Juni 2024, Süddeutsche Zeitung

Man merkt es schon gelegentlich an sich selber, dass es allmählich zu viel wird, zu viel Realität, die sich nicht mehr dergestalt bündeln lässt, dass man mit ihr ruhig einschlafen kann. Es fällt schwer, sich die Zukunft vorzustellen ohne die Auswirkungen der Gegenwart. Man kommt nicht umhin, sich die künftige Welt in eher gedeckten Farbtönen auszumalen. Denn in zwei oder drei Jahren wird Putin vermutlich nicht in leichte Baumwolle gekleidet den Tieren predigen, und Donald Trump dürfte, falls er, wie wir Pessimisten glauben müssen, wieder Präsident wird, eher nicht vor der Dresdner Frauenkirche mit tränenfeuchten Augen „Ich bin ein Europäer“ rufen.

Und spätestens seit Süddeutschland vergangene Woche beinahe in seinen schönen Flüssen untergegangen wäre, wird man sich die Natur nicht mehr als Naherholungsgebiet denken, sondern als unberechenbaren Gegner, den man selbst geschaffen hat. Ob uns dann unsere heute noch so staunenswert schaurigen Maximalwortmonstren „Jahrhundertflut“ und „Rekordhochwasser“ nicht viel zu klein vorkommen werden? Was für ein Frühjahr! Oder ist es schon Sommer? Wir sind selbst dann schon gespalten, wenn es im Mai Temperaturen über zwanzig Grad gibt.

Eigentlich darf es nicht sein, dass wir so kurz nach Pfingsten bei Sonnenschutzfaktor dreißig im Liegestuhl das tun, was der Bayer flacken nennt, wenn er liegen meint. Ein tagsüber wolkenloser Himmel, am Abend drohen vereinzelt Gewitter. Darf man das als Wetterfrosch noch gut gelaunt sagen, wenn es wieder eine Zeit der Dürre gibt? Und wo soll man überhaupt noch hin, wenn selbst die Mallorquiner keinen Bock mehr auf deutsche Touristen haben? Und darf man hoffen, dass ein Satz, wie ihn Markus Söder dieser Tage in Gummistiefeln sagte („Damit konnte keiner, oder hat keiner normalerweise gerechnet.“), in Zukunft im Museum der vorsintflutlichen Phrasen aufbewahrt werden könnte?

Demnächst ist wieder Sommerpause. Das Parlament macht Ferien, und danach finden schon jene Wahlen statt, die das Land aller Wahrscheinlichkeit nach sehr verändern werden. Mag sein, dass der Einstecktuch-Volksgenosse Maximilian Krah offiziell nicht mehr auf deutschen Marktplätzen seine vaterländischen Männerfantasien krähen darf, die AfD steht in den Umfragen zur Thüringen-Wahl trotzdem stabil bei 30 Prozent. Bei den Kommunalwahlen in diesem Bundesland ist sie summa summarum die zweitstärkste Partei nach der CDU geworden. Sie hat demokratische Parteien in Stichwahlen gezwungen, sie ist ihren künftigen Wahlsiegen ein bedeutendes Stück nähergekommen. Das ist ein Teil dieser Realität, die uns überfordert. Aber eine weitverbreitete Lesart lautete: Der Durchmarsch ist gestoppt, die Gefahr eingenordet, die Wähler wurden eines Besseren belehrt.

Man kann das Wunschdenken nennen, schließlich haben uns die schon seit Jahresbeginn mit ihren Ausweisungsfantasien an die Grenze dessen gebracht, was unser demokratisches Herz verkraften kann. Der blaue Balken, kaum kleiner als der schwarze, deutlich größer als der rote und der grüne – irgendwie scheint er schon zum normalen politischen Farbspektrum zu gehören.

Beinahe täglich erlebt es dieses Land auf Plätzen und in scheinbar geschützten Räumen, dass Politikerinnen und Politiker von Wuttätern angegriffen und verletzt werden. Jedes Mal heißt es, Gewalt habe in der politischen Auseinandersetzung keinen Platz. Und jedes Mal wird diese Floskel durch die Tat widerlegt. Die Worte sind eigentlich immer dieselben, sie gewinnen nicht einmal ein Mehr an Dringlichkeit, im Gegensatz zu den Taten, deren Tendenz zu wachsender

Monstrosität sich in diesem Jahr gut nachzeichnen lässt: von der Meute wütender Bauern, die den Wirtschaftsminister auf der Fähre in Schlüttsiel „zum Gespräch bitten wollten“, über die brutalen Schläge gegen den SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke bis hin zum tödlichen Messerangriff auf den Mannheimer Polizisten Rouven L. während der Attacke auf den radikalen Islamkritiker Michael Stürzenberger. „Der Hass ist eine Tatsache durch sich selbst“, schreibt Heinrich Mann in seinen Erinnerungen „Ein Zeitalter wird besichtigt“: „Eine Volksmenge braucht nicht zu wissen, warum sie hasst.“

Wer auf jedes Ereignis mit immer denselben Formeln reagiert, wird am Ende seine Autorität und intellektuelle Glaubwürdigkeit drangeben.

Wenn es in diesem Jahr einen Text gibt, der die ganze innere Not unserer politischen Moral in sich trägt, dann ist es Frank-Walter Steinmeiers Essay „Wir“ – ein Meisterstück der Aussparungsrhetorik, ein Memoir der politischen Selbstphantomisierung. Beim Lesen hat man das Gefühl, stets auf unsichtbar geschwärzte Stellen zu stoßen. Anstatt den Irrsinn des neovölkischen Gefasels eines Björn Höcke, den vulgären Demokratenhass einer Alice Weidel und die ethnologischen Volkstherapien eines Max Krah als das zu benennen, was sie sind, ist es bei Steinmeier „das Unbehagen am Wiedererwachen des Nationalismus“, das ihn wacker umtreibt. Es fällt Steinmeier schon nicht leicht, die eigene politische Biografie mit den zu ihr gehörenden Personalien zu erzählen. Beim Blick auf die Hartz-Gesetze ist zwar von Kraftanstrengung die Rede, aber den Namen Gerhard Schröders wenigstens in einem Nebensatz zu nennen, hätte Steinmeier wohl zu viel Kraft gekostet.

“So erlebe ich unser Land in diesen Zeiten: auf der Suche nach neuer Sicherheit und Klarheit.“ Das steht stattdessen in „Wir“, aber wenn selbst ein dem operativen Geschäft Enthobener wie Steinmeier nicht den Mut hat, sich kritisch ins Verhältnis zu jenen Leuten zu setzen, mit denen er einvernehmlich Politik gemacht hat – Schröder, Lawrow, Putin –, wird es nichts mit der Klarheit, die zu einer neuen Sicherheit führt.

An die Stelle der Souveränität ist längst die Ängstlichkeit getreten, das rhetorische Ausweichen, die Illusion, dass die Realität sich unseren Bedürfnissen anpassen wird. Die AfD ist raus aus dem Bündnis Identität und Demokratie im EU-Parlament – also ein Zugewinn für alle Demokraten? Das ist eher unwahrscheinlich, denn die Fraktion der Rechtsparteien hat sich womöglich nur eines etwas zu faulig riechenden Teils von ihrem Parlamentskörper entledigt. Die Abspaltung könnte sie stärker machen, zunächst bei den Europawahlen, die lange Zeit hierzulande niemanden groß interessiert hat.

"Overtourism" in Österreich

Wie Hallstatt mit seinem Weltruhm kämpft

Bei "Overtourism" denken die meisten an Venedig. Doch Hallstatt in Österreich übertrifft die Zahl der Touristen, die auf einen Einheimischen kommt, fast um das Fünfzigfache.

Judith Schacht, BR/Tagesschau, 10.09.2023

Ganz in der Früh ist es noch herrlich ruhig. Da haben die Hallstätter ihr Dorf fast für sich, der See glitzert in der Morgensonne. Die Promenade am See ist fast menschenleer, und man hört kaum einen Laut. Aber schon gegen 8 Uhr ändert sich die Szenerie dramatisch. Große Reisebusse kommen über die Landesstraße und bringen die Tagestouristen in großen Schwüngen. Auch die rund 350 Pkw-Parkplätze füllen sich.

An Spitzentagen in der Hochsaison sind es bis zu 10.000 Gäste am Tag. Und dann geht es los mit der Unruhe. Gelächter und Gerede in unzähligen Sprachen ist dann überall zu hören, wenn sich die Reisegruppen durch das 800-Einwohner-Dorf am Hallstätter See drängen. Besonders oft hört man chinesisch, koreanisch, vietnamesisch, denn auffällig viele Touristen kommen aus asiatischen Ländern.

Hallstatt-Hype durch Netflix-Serie

Eine Gruppe aus Malaysia macht die typischen Selfies am See, mal alle zusammen, mal einzeln. Und sie erklären auf Englisch: Jeder in Asien will einmal Hallstatt besuchen. Es ist ganz vorne auf der Bucket-Liste.

Ursprung dieser asiatischen Liebe zu Hallstatt ist mutmaßlich eine südkoreanische Netflix-Serie, "Spring Waltz" aus dem Jahr 2006, die zum Teil in Hallstatt gedreht wurde. Viele wollen den Ort seither in echt sehen. Für weiteren Ruhm hat gesorgt, dass man das österreichische Dorf in China samt See und Marktplatz nachgebaut hat. Und mittlerweile verstärken Tausende Hallstatt-Selfies in sozialen Netzwerken den Hype. Der Ansturm ist ungebrochen. Die Touristen kommen mittlerweile das ganze Jahr über und nicht nur im Sommer.

"Ich verstecke mich in meinem Haus"

Das macht vielen Hallstättern zu schaffen. An den Wänden hängen große Plakate mit der Aufforderung nicht laut zu schreien und keine Musik zu hören - in Symbolbildern, damit es wirklich jeder lesen kann. "Alles für die Touristen, nichts für uns!" - auch solche Schilder hängen an einigen Balkonen. Eine Hallstätterin, die kurz heraustritt, erzählt, dass der Lärm schlimm sei, gerade im Sommer, aber dass sie das den Medien nicht mehr sagen wolle. Da bekäme man schnell Ärger im Dorf, wenn man gegen die Touristen rede.

Friedrich Idam von der "Bürgerliste Hallstatt" findet hingegen klare Worte: Der öffentliche Raum von Hallstatt sei okkupiert von den Touristen, vom Badestrand bis zum Marktplatz. Den Dorfmarkt halte man mittlerweile an einem geheimen Platz am Rand von Hallstatt ab, damit man zumindest dort ungestört sei.

An Samstagen wie heute, wenn die Sonne scheint und gut ein paar Tausend Besucher kommen, sieht er für sich nur einen Ausweg "Ich gehe in die Immigration! Das ist das Einzige, was ich tun kann, um mich zu schützen: mich in meinem Haus verstecken." Deshalb fordern er und weitere Bürger von Hallstatt eine Obergrenze für Besucher, damit wieder etwas Dorfleben möglich ist.

Parkgebühren sorgen für volle Gemeindekasse

Doch natürlich hat der Tourismus auch enorme Vorteile für das Mini-Dorf im Salzkammergut. Die Gäste geben viel Geld aus, wenn sie in Restaurants Schnitzel essen, Hallstatt-Krüge kaufen oder Eintritt bezahlen. Allein die Parkplätze bringen einen Gewinn von mehreren Hunderttausend Euros pro Jahr. Die Gebühr fürs WC bei der Schifffahrtstation läppert sich und bringt, so nennen es viele Ansässige mit einem Augenzwinkern, die "Pinkelmillion".

Bürgermeister Alexander Scheutz (SPÖ) erklärt, dass die Hallstätter ohne die Einnahmen durch die Touristen auf vieles verzichten müssten. "Wir hätten keine Nachmittagsbetreuung für unsere Volksschulkinder, ganztägiger Kindergarten, Essen auf Rädern für unsere alten Menschen, oder auch unsere Gemeindewohnung, über 30 Wohnungen, Quadratmeterpreis von fünf Euro, das wäre alle nicht möglich ohne Tourismus, das muss man ehrlich sagen."

Nur wegen der Touristen könne man auch die jungen Leute hier halten, sonst wäre es schwierig mit Arbeitsplätzen. Außerdem wäre hier kaum was los bei nur 800 Einwohnern, findet Gastwirt Thomas Pilz, dem das Restaurant "I da Mitt" am beschaulichen Marktplatz gehört: "Die Stadt ohne Touristen wäre eine Ruinenstadt, wie im wilden Westen."

Hass-Liebe zu den Touristen

Es ist ein Dilemma für die Hallstätter: Sie brauchen die Touristen, und sie ächzen unter den Unmengen. Auch der Bürgermeister findet, dass mehrere Tausende Tagesgäste pro Tag zu viel sind. Man habe auch schon Maßnahmen ergriffen. Seit einigen Jahren gibt es in Hallstatt ein Slotsystem für die großen Reisebusse. Nur wer vorab bucht, darf überhaupt parken.

Statt früher bis zu 90 Reisebussen pro Tag kommt heute nur noch die Hälfte. Doch für Probleme sorgen auch die Pkw und Kleinbusse. Die fahren heran, auch wenn die 350 Kleinparkplätze bereits voll sind. Extra abgestelltes städtisches Personal versucht diese Gäste dann abzuweisen, oft ohne Erfolg, berichtet der Bürgermeister. "Die werden a bisserl aggressiv auf unser Personal, und wenn sie einmal da sind, dann wollen sie nicht mehr wegfahren." Viele parken dann kurzerhand illegal - und ziehen los für das obligatorische Selfie.

Wie geht es weiter?

Auch wenn die einen Hallstätter eher den Gewinn durch die Touristen sehen und die anderen sich von Lärm und Ärger gegängelt fühlen, sind sich alle einig, dass es so nicht weitergehen kann. In größeren Runden berät man derzeit darüber, wie viele Touristen Hallstatt verträgt. Welche Zahl am Ende steht und ob man sie dann Obergrenze nennt, das ist derzeit völlig offen. Und auch mit welchen Maßnahmen man einen Ansturm von rund 78 Nationen überhaupt bremsen kann, steht in den Sternen.

Bürgermeister Scheutz hat angekündigt, das Land um Hilfe zu bitten und die Nachbargemeinden mit ins Boot zu holen. Von Hallstatts Weltruhm würden schließlich alle profitieren, deshalb müsse man jetzt zusammenhalten.

Ampelkoalition in der Krise

Das Szenario Vertrauensfrage

In der SPD steigt nach dem schlechten Abschneiden bei der EU-Wahl die Unzufriedenheit. Der Haushalt könnte zur Vertrauensfrage für den Kanzler werden.

Anna Lehmann, taz.de, 13.6.2024

In der SPD-Fraktion werden Mitarbeiter:innen dieser Tage scherzhaft ermahnt, beim Buchen des Sommer-urlaubs bitte unbedingt eine Reiserücktrittsversicherung abzuschließen. Für den Fall, dass im Sommer der Wahlkampf beginnen sollte. Hinter dem Späßchen steckt allerdings bitterer Ernst.

Die Wähler:innen haben Rot-Grün-Gelb bei der EU-Wahl abgestraft, zusammen kamen SPD, Grüne und FDP auf lediglich knapp über 30 Prozent. Die Fliehkräfte zwischen den drei ungleichen Partnern werden größer, der Wunsch, das eigene Profil zu schärfen, dringlicher. Doch schafft es die Ampel unter diesen Umständen, sich noch vor der Sommerpause auf einen Haushalt für 2025 zu einigen? Ein Haushalt ist der kleinste gemeinsame Nenner einer Koalition. Wofür soll das Geld der Steuerzahler:innen im nächsten Jahr ausgegeben werden? Schafft es die Ampelregierung nicht, wäre sie wohl am Ende. So schätzen es inzwischen auch führende SPD-Politiker:innen ein.

Die Haushaltsfrage wird so zur Vertrauensfrage. Was die Union vom Kanzler schon am Abend nach der EU-Wahl verlangte, könnte in drei Wochen eintreten: Falls die Haushaltsgespräche platzen, könnte Olaf Scholz im Bundestag um das Vertrauen der Abgeordneten bitten. Sollte ihm eine Mehrheit dieses entziehen, könnte Scholz den Bundespräsidenten bitten, den Bundestag aufzulösen. Der hätte drei Wochen Bedenkzeit – und dann müssten binnen 60 Tagen Neuwahlen erfolgen. Im Oktober würden die Menschen den Bundestag neu wählen.

Könnte, würde, sollte – ob es dazu kommt, ist längst nicht ausgemacht. Doch die Möglichkeit wird realer. Und in der SPD wächst mit der Verzweiflung über das historisch schlechte Ergebnis der trotzige Wunsch, es darauf ankommen zu lassen. Besonders die Parteilinke erhöht den Druck auf den Kanzler, dem FDP-Finanzminister zu zeigen, wo der Hammer hängt. „Wir werden keinem Haushalt zustimmen, in dem mit milliardenschweren Kürzungen der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft massiv aufs Spiel gesetzt wird“, so Tim Klüssendorf, ein Sprecher der Parlamentarischen Linken. Zwar halte man am Koalitionsvertrag fest und werde bis zum letzten Tag dieser Koalition kämpfen – „jedoch nicht um jeden Preis“.

Der finanzpolitische Sprecher Michael Schrodi sieht die Koalition auf eine harte Probe gestellt. Die SPD-Fraktion werde keinen Sparhaushalt akzeptieren. „Es geht nicht allein um den Sozialstaat, sondern um den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland.“ Länder wie die USA, China oder Indien investierten Milliarden in neue Technologien, da dürfe Deutschland nicht einfach zuschauen. Deshalb müsse Lindner seine Ankündigung, ein Ermöglichungsminister zu sein, wahrmachen – und mit zusätzlichen Investitionen Wirtschaftswachstum ermöglichen.

Die SPD pocht wie auch die Grünen auf eine Lockerung der grundgesetzlichen Schuldenbremse. Lindner hält dagegen, beharrt auf der Schuldenbremse, lehnt Steuererhöhungen ab und fordert die SPD ihrerseits zu Einsparungen auf – etwa zur Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren. Es ist wie beim Poker: Man erhöht den Einsatz in jeder Runde und spekuliert darauf, dass einer die Nerven verliert.

Dahinter stecken auch parteitaktische Kalküle. Mit dem Image als disziplinierte Finanzexperten und Korrektiv zu rot-grüner Verschwendungssucht hat sich die FDP bei der Europawahl bei 5 Prozent stabilisiert, so die liberale Erzählung. Also weiter so.

In der SPD wächst umgekehrt der Wunsch nach mehr genuin sozialdemokratischer Politik. „Wir waren zu brav“, heißt es aus der Fraktion. Lange Zeit gerierten sich die Sozialdemokraten als die Erwachsenen in der zänkischen Dreiergruppe und hielten sich im Hintergrund. Genutzt hat es nicht – im Falle von Neuwahlen verlöre die Hälfte der derzeit 207 SPD-Abgeordneten ihr Mandat. Eine Aussicht, die die Nervosität zusätzlich befördert.

Der Sprecher des konservativen Seeheimer Kreises in der SPD, Dirk Wiese, rät: „Es ist sicher nicht hilfreich, der FDP jeden Tag öffentlich zu sagen, sie hätten es nicht verstanden.“ Stattdessen sollten jetzt Gespräche geführt und Lösungen gesucht werden. Wiese ist zuversichtlich, dass es der Regierung so gelingt, vor der Sommerpause einen Haushaltsentwurf vorzulegen.

Eine SPD-interne Arbeitsgruppe sucht nun Wege aus der Schuldenbremse und will der FDP gleichzeitig Brücken bauen: Man sehe mehrere Möglichkeiten, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, meint Wiebke Esdar, Mitglied der Arbeitsgruppe sowie im Haushaltsausschuss. „Etwa für die Ukrainehilfen eine Ausnahme von der Schuldenbremse zu machen. Damit ließen sich zusätzliche Mittel im zweistelligen Milliardenbereich heben.“ Bei der Wahl der Instrumente sei man nicht ideologisch. „Wir gehen offen in die Diskussion“, sagte Esdar.

Bislang hat Christian Lindner jedoch alle Vorschläge abgelehnt. Selbst den Vorstoß des Bundesverbands der Deutschen Industrie – beileibe kein rot-grüner Thinktank – nach einem milliardenschweren Sondertopf zur Erneuerung der maroden Infrastruktur wies er zurück. Am Donnerstag wurde bekannt, dass der Finanzminister einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr plant, um ungeplante Mehrausgaben zu finanzieren. Dazu würden Spielräume in der Schuldenbremse genutzt. Ein erstes Zeichen des Einlenkens? Der finanzpolitische Sprecher Michael Schrodi findet: „Diesen pragmatischen Kurs sollte Lindner für die Haushaltsverhandlungen beibehalten.“

Derzeit laufen Gespräche zwischen Scholz, Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Lindner. Scholz, der aktuell in Italien am G7-Gipfel und anschließend in der Schweiz an der Ukrai-ne-Friedenskonferenz teilnimmt, will wohl sogar früher als geplant nach Berlin zurückkehren. Was nachvollziehbar wäre: Für ihn geht es schließlich um alles.

Union hetzt gegen das Bürgergeld

Mehr als Populismus ist da nicht

Die CDU will Erwerbslosen, die „zumutbare“ Arbeit ablehnen, Leistungen komplett kürzen. Ein konservatives Sozialpaket hat sie nicht zu bieten.

Kommentar von Jasmin Kalarickal, *Die Tageszeitung*, 22. März 2024

Mit dem Konzept einer „Neuen Grundsicherung“ würde die CDU gerne das Bürgergeld abschaffen. Das Konzept sieht im Gros graduelle Verschärfungen vor: Eine Vermögensprüfung soll statt nach 12 Monaten bereits ab dem ersten Tag vorgenommen, die Grenzen für das sogenannte Schonvermögen sollen gesenkt werden. Zentral sind vor allem härtere Sanktionen, zum Beispiel bei Terminversäumnissen. Dass oft psychische Erkrankungen Grund dafür sind, ignoriert die CDU.

Die größte Aufregung löste die Forderung aus, staatliche Unterstützung für unbegrenzte Zeit komplett zu streichen, wenn sich jemand weigert, eine „zumutbare“ Arbeit anzunehmen. „Wir gehen davon aus, dass Totalverweigerer keine Unterstützungsleistungen benötigen“, erklärte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann.

Man fühlt sich erinnert an den Satz: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“ von Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) aus dem Jahr 2001. Es war Schröders sprachliche Wegbereitung für Hartz IV, das wenige Jahre später eingeführt wurde. Was nun also unter dem Stichwort „Totalverweigerer“ wiederkehrt, ist die Idee eines kaltherzig strafenden Staates, die allerdings nicht erst die CDU erfand. SPD-Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat sich längst mit der Ampel auf diesen Pfad begeben.

Er will bei Arbeitsverweigerung Leistungsbezüge für zwei Monate komplett streichen. Die CDU spitzt das nun noch zu. 2019 urteilte das Bundesverfassungsgericht zwar, dass nur Kürzungen bis zu 30 Prozent zulässig sind. Aber CDU und Ampel sehen verfassungskonforme Wege für die Komplettstreichung des Existenzminimums. Menschen in Arbeit zu zwingen oder hungern zu lassen, das ist offenbar der neue, raue Ton in Zeiten des Fachkräftemangels.

Erstmal bessere Löhne

Und stößt leider in Teilen der Gesellschaft auf Zustimmung. Dabei macht die CDU selbst keinen Hehl daraus, dass die sogenannten „Totalverweigerer“ – übrigens ein guter Kandidat für das Unwort des Jahres – eine winzige Minderheit darstellen. Selbst bei aller denkbaren Härte: Es wird die deutsche Wirtschaft nicht retten. Das ist einfach Populismus statt Programm. Was dabei aus dem Fokus gerät: Das, was als „zumutbare Arbeit“ gilt, bedarf einer gesellschaftlichen Interpretation.

Der Verein Sanktionsfrei, der Erwerbslose unterstützt, berichtete zum Beispiel von einem ehemals Spielsüchtigen, der es ablehnte, in einer Spielhalle zu arbeiten. Oft ginge es auch um Fälle, wo Kita-Öffnungszeiten nicht mit den Arbeitszeiten zusammenpassen. Auf dem Rücken der Schwächsten versteckt die CDU die eigene programmatische Leere in der Post-Merkel-Ära, insbesondere bei der Frage, was konservative Sozialpolitik beinhalten soll.

So ist es kein Zufall, dass die CDU nicht so gern über die sogenannten Aufstocker*innen redet, Menschen, die oft zu niedrigen Löhnen schuften und trotzdem Bürgergeld beziehen müssen.

Täte sie es, müsste die CDU die Verhältnisse anprangern, die sie in ihrer Regierungszeit selbst gestützt hat. Deutschland hat nach wie vor im europäischen Vergleich einen großen Niedriglohnsektor. Das ist der Grund, warum der Lohnabstand so gering ist.

Wachsende Armut im reichen Land

Bessere Löhne sind es, die Deutschland dringend braucht. Die Dämonisierung von Bürgergeldempfänger*innen erfüllt also einen Zweck, ganz nach dem Motto: Teile und herrsche. Denn wer sich mit der Grundsicherung differenzierter auseinandersetzt, wird merken: Vielleicht ist er oder sie selbst doch nur eine Depression, einen Pflegefall oder eine Kündigung weit entfernt von denen, die da gerade an den Pranger gestellt werden.

Dass innenpolitisch darüber diskutiert wird, ob man den Ärmsten auch noch das letzte Hemd nehmen kann, ist umso absurder angesichts der Tatsache, dass das Problem aktuell auch jenseits der Landesgrenzen durchaus wahrgenommen wird. In dieser Woche veröffentlichte der Europarat einen Bericht zur wachsenden sozialen Ungleichheit in Deutschland. Das Ausmaß an Armut und sozialer Ausgrenzung stehe hier „in keinem Verhältnis zum Reichtum“.

Kritisiert werden: Kinderarmut, Altersarmut, Wohnungsnot, wachsende Obdachlosigkeit. Für alle diese Probleme liefert die Ampel keine ausreichenden Antworten und die Union erst recht nicht. Letztere positioniert sich lieber gegen die Kindergrundsicherung, gegen eine weitere Erhöhung des Mindestlohns, oder eine Verschärfung des Mietrechts.

Vielleicht könnte die CDU einmal mit der gleichen Verve gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Da wäre letztlich auch mehr zu holen als vom Langzeitarbeitslosen: Den jährlichen Schaden schätzt die deutsche Steuer-Gewerkschaft auf mindestens 100 Milliarden Euro. Aber warum nach oben gucken, wenn man nach unten treten kann?

Wehrdienst in Deutschland

Per Fragebogen zu mehr Soldaten

Bundesverteidigungsminister Pistorius will ab 2025 einen „Auswahlwehrdienst“ einführen. Das erste Ziel: 15.000 neue Wehrdienstleistende jährlich.

Pascal Beucker, taz.de, 12.6.2024

BERLIN taz | „Auswahlwehrdienst“ nennt Boris Pistorius sein neues Modell, um der Bundeswehr mehr Nachwuchs zuzuführen. Am Mittwoch präsentierte der sozialdemokratische Bundesverteidigungsminister zunächst im Verteidigungsausschuss, dann in der Bundespressekonferenz seine Pläne, die im Herbst ins Kabinett eingebracht sein und bis zum Frühjahr 2025 den Bundestag passiert haben sollen.

Das von Pistorius vorgestellte Konzept sieht vor, dass alle Frauen und Männer beim Erreichen des wehrdienstfähigen Alters, also zum vollendeten 18. Lebensjahr, von der Bundeswehr angeschrieben werden. Während die jungen Frauen den Brief ungeöffnet in den Papierkorb befördern können, sind die rund 400.000 Männer des jeweiligen Jahrgangs gesetzlich verpflichtet, den Fragebogen auszufüllen und zurückzusenden.

Auf der Grundlage der Antworten trifft die Bundeswehr dann die Entscheidung darüber, wer zur Musterung eingeladen wird. Dieser Einladung zu folgen ist für Männer ebenfalls verpflichtend. Aus dem Kreis der bis zu 50.000 Gemusterten sollen anschließend „die Geeignetsten und Motiviertesten“ ausgewählt werden, um entweder einen sechsmonatigen Grundwehrdienst abzuleisten oder sich für bis zu insgesamt 23 Monate zu verpflichten.

2011 hatte der Bundestag mit einer Mehrheit aus Union, FDP und Grünen sowie gegen die Stimmen der SPD und der Linkspartei die Wehrpflicht für Männer ausgesetzt. Stattdessen gibt es neben dem vorherrschenden Berufssoldatentum seither nur noch einen freiwilligen Wehrdienst sowohl für Männer als auch für Frauen ab 17 Jahren. Der stößt jedoch nicht auf ausreichende Resonanz, um den Personalbedarf zu decken. Derzeit melden sich um die 10.000 freiwillig, wobei die Abbrecherquote hoch ist.

Orientierung am „schwedischen Modell“

Ziel des neuen Modells ist es, ab 2025 insgesamt 15.000 Wehrdienstleistende jährlich auszubilden, wobei sich die Zahl schrittweise erhöhen soll – Jahr für Jahr um gut 3.000. Das hat mit der angestrebten Vergrößerung der Bundeswehr zu tun, die von derzeit knapp 181.000 Soldat:innen bis 2031 auf 203.000 aktive Soldat:innen anwachsen soll. Zusätzlich sollen 260.000 Reservist:innen kommen, die im Verteidigungsfall mobilisiert werden können.

Mit seinem rund 1,4 Milliarden Euro teuren Vorschlag orientiert sich Pistorius stark am „schwedischen Modell“. Im Gegensatz zu Schweden, das 2017 die Wehrpflicht wiedereingeführt hat, verzichtet er allerdings aus pragmatischen Gründen auf Geschlechtergerechtigkeit. Denn eine wie auch immer geartete Wehrpflicht für Frauen würde eine Grundgesetzänderung erfordern – bei der sich Pistorius nicht sicher sein kann, dass sie in dieser Legislaturperiode zustande käme.

Mit der gleichen Begründung soll es vorerst auch keine allgemeine Dienstpflicht geben, die alternativ nichtmilitärisch zum Beispiel in sozialen Einrichtungen abgeleistet werden könnte. Sowohl in der SPD als auch in der Union gibt es hierfür starke Befürworter:innen, auch Pistorius selbst. Bei Grünen und FDP gibt es dagegen jedoch starke Widerstände.

„Wehrpflicht durch die Hintertür“

Auch die jetzt vorgelegten abgespeckten Pläne stoßen in der Regierungskoalition nicht auf ungeteilte Begeisterung. „Die von Pistorius vorgeschlagene Musterungspflicht für Männer ist eine Rückkehr zur Wehrpflicht durch die Hintertür“, kritisierte die grüne Bundestagsabgeordnete Milla Fester. „Junge Menschen jetzt zum Dienst an der Waffe verpflichten zu wollen wäre ein tiefer Eingriff in ihr Leben“, sagte sie der taz. Gerne könnten junge Menschen mit einem Brief zu mehr Engagement für die Gesellschaft motiviert werden. Aber: „Ein Zwang kann nicht die Lösung sein.“

Von der oppositionellen Linkspartei kommt ebenfalls Kritik. „Die Wehrpflicht zu reaktivieren, um Personal für die ausgerufene Zeitenwende zu rekrutieren, lehnen wir strikt ab“, sagte Parteichefin Janine Wissler der taz. „Die Wehrpflicht ist ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert, deren vollständige Abschaffung überfällig wäre.“

Pistorius geht davon aus, dass sich mit seinem Vorschlag „mühe-los“ ausreichend Rekrut:innen auf freiwilliger Basis finden lassen. Aber was ist, wenn das nicht gelingt? Das „schwedische Modell“ sieht für diesen Fall Zwangsrekrutierungen vor. Das könne der Minister für Deutschland „nicht ausschließen“, sagte er. „Dann müssen wir auch über eine verpflichtende Option nachdenken.“

Von einer „Salamitaktik hin zu einer neuen, allgemeinen Wehrpflicht“ sprach Michael Schulze von Glaßer, der Geschäftsführer der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ DFG-VK. „Pistorius will bei dem Thema die Grenzen des mit der Ampelregierung Machbaren ausreizen und bereitet damit schon mal weitergehende Schritte für eine nächste Bundesregierung vor“, sagte Schulze von Glaßer der taz. „Wir werden uns den jeweiligen Fragebogen ansehen und jungen Menschen den Lösungsweg präsentieren, damit sie nicht zur Zwangsmusterung und am Ende zur Armee müssen“, kündigte er an.

Europawahl

Können die Konservativen überhaupt noch Klimaschutz?

Die Europawahl ist auch eine Abstimmung über das Verbrennerverbot und Klimapolitik. Die Union wickelt nun ihr grünes Prestigeprojekt ab – gegen den Willen vieler Wähler.

Ruth Fend, Zeit Online, 7. Juni 2024

Wenn das Wasser den Menschen bis zum Hals steht, ziehen sich Politiker aller Parteien gerne Gummistiefel an und geloben prompt mehr Hochwasser- und Klimaschutz. Solche Bekundungen sagen allerdings wenig darüber aus, was sie einige Wochen, Monate und Jahre später tun werden, etwa in Brüssel. Dort aber entscheidet sich maßgeblich, mit wie vielen weiteren Überflutungen, Dürren und Waldbränden wir es künftig zu tun bekommen. In Europa bestimmen Politikerinnen und Politiker, was Landwirte auf ihre Äcker spritzen dürfen, welche Industrien für ihren CO_2-Ausstoß Geld bezahlen müssen und welche subventioniert werden. Oder wieviel oder wie lange noch Autos mit Diesel- und Benzinmotoren zugelassen werden.

Deshalb ist die Europawahl am Sonntag so wichtig. Um die Klimaziele zu erreichen, reicht es aber nicht mehr, rechtsextreme Parteien zu meiden, die dem Klimaschutz offen den Kampf angesagt haben. Ein Blick auf die vergangenen Jahre und den Wahlkampf der Union zeigt: Auf die konservative Mitte sollte man sich auch nicht mehr verlassen.

Das ist gar nicht so selbstverständlich, auch wenn unter Friedrich Merz die CDU in Deutschland unüberhörbar vor allem Stimmung gegen den Klimaschutz macht. Merz hat die Grünen zum Hauptgegner erklärt, auch CSU-Chef Markus Söder poltert im Bierzelt am liebsten gegen sie. Aber gilt das auch für das Auftreten der Union in Europa, wo sie Teil der staatenübergreifenden Europäischen Volkspartei (EVP) ist?

Immerhin war es eine CDU-Frau, die vor fünf Jahren das wichtigste Klimaprojekt der EU lancierte: Kaum an die Spitze der EU-Kommission gewählt, rief Ursula von der Leyen den Green New Deal aus, auch gepusht von den Fridays-For-Future-Demonstrationen. Ein ambitioniertes, weitreichendes Programm, das sie mit der Mondlandung verglich; bis 2050 soll es den Kontinent klimaneutral machen.

Konservative Politik und Klimaschutz, das muss sich nicht grundsätzlich ausschließen. Einer aktuellen Studie des Jacques Delors Centre zufolge finden 53 Prozent, dass Politiker mehr tun sollten, um den Klimawandel zu bekämpfen. Unter denen, die planen, am Sonntag Union zu wählen, war es mit 47 Prozent immer noch fast die Hälfte. Parteiübergreifend gaben etwa 60 Prozent der Befragten an, vom Klimawandel schon negativ betroffen zu sein oder das für die nächsten fünf bis zehn Jahre zu erwarten – und das war sogar noch vor den Bildern von überfluteten bayrischen Dörfern.

Rolle rückwärts bei Renaturierung, Pestizide, Agrar

Es ist nur so: Wer am Sonntag sein Kreuz bei der Union macht, wählt mit hoher Wahrscheinlichkeit die Errungenschaften der vergangenen Jahre wieder ab. Das zeigt ein Blick ins Wahlprogramm und in Beschlüsse der vergangenen Jahre. Ein Bündnis aus Umweltorganisationen hat die Abstimmungen der einzelnen EU-Parlamentarier seit 2019 untersucht. Nur in einem Viertel der Fälle stimmten die Abgeordneten der EVP bei einzelnen Gesetzesvorlagen für mehr Klima- und Naturschutz. Bei den CDU- und CSU-Abgeordneten waren es bei 100 Abstimmungen sogar nur 20 und 18.

Einige Beispiele: EVP-Chef Manfred Weber (CSU) wollte dieses Jahr das lange verhandelte Renaturierungsgesetz kippen. Er scheiterte, aber die EVP schwächte die Richtlinie gemeinsam mit Liberalen und Nationalkonservativen ab. Nur noch 20 statt ursprünglich 30 Prozent der Flächen müssen bis 2030 wieder aus intakten Wäldern, Mooren oder Flüssen bestehen. Das ist sogar weniger ambitioniert als die Staaten im Ministerrat es wollten, ein Novum im Bereich der Umweltpolitik. Intakte Auenlandschaften entlang von Flüssen schützen im Übrigen sehr gut vor Überflutungen.

Oder die Agrarpolitik: Unter dem Eindruck der Bauernproteste kassierte eine Mehrheit aus EVP, Liberalen und Nationalkonservativen diesen Frühling die Pestizidverordnung. Sie sah vor, bis 2030 den Einsatz von Pestiziden in Europa zu halbieren. Außerdem müssen Landwirte dieses Jahr keine Flächen mehr brach liegen lassen, um ausgelaugten Böden und Natur eine Atempause zu verschaffen – vorgesehen waren mal vier Prozent. Verpflichtende Zielvorgaben zur Gesundheit der Böden in den Mitgliedsstaaten wurden gestrichen. Auch das wäre Hochwasserschutz, weil gesunde Böden mehr Wasser aufnehmen. Und schließlich nahm das Parlament Ende April im Eilverfahren wesentliche agrarpolitische Umweltauflagen bis 2027 zurück. Von der Leyen verschob zudem die Chemikalienverordnung REACH auf Druck der EVP mehrfach. Ob sie jemals kommt, ist unklar.

In ihrem Wahlkampf und Europawahlprogramm erhebt die CDU den Kampf gegen das Verbrenneraus zum höchsten Ziel. "Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln", schreibt sie. Tatsächlich können schon nach jetziger Gesetzeslage auch nach 2035 noch Verbrenner fahren; nur dürfen dann keine Autos mehr neu zugelassen werden, die Treibhausgase ausstoßen. Selbst wenn für E-Fuels, die laut CDU-Programm eine "zentrale Rolle" spielen sollen, noch eine Ausnahme gemacht wird: Sie sind ausgesprochen ineffizient und werden gar nicht in dem Maße verfügbar sein, um eine zukunftsfähige Alternative zum E-Auto darzustellen.

Im Jahr 2026 steht eine Überprüfung des Verbrennerverbots an. Für die Union ist das die Gelegenheit, es im Schulterschluss mit AfD und FDP zu Fall zu bringen, vielleicht auch schon früher. Sie argumentiert mit dem Schutz von Arbeitsplätzen in einer Schlüsselindustrie und dass Bürgerinnen und Bürger einfach nicht ausreichend mitmachten bei der Elektrifizierung.

Doch das muss nicht so bleiben, wenn etwa in den nächsten Jahren günstigere E-Modelle auf den Markt kommen. Die Autokonzerne haben längst milliardenschwere Investitionen in den Aufbau ihres E-Geschäfts gesteckt. Allerdings ist die Konkurrenz aus China beachtlich – und die Unsicherheit über die Zukunft des Autos werden chinesische Hersteller nutzen. Dabei lassen sich die Klimaziele ohne größere Fortschritte im hinterherhinkenden Verkehrssektor nicht erreichen. Auch in der Landwirtschaft sind die Emissionen in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gesunken.

Wenig Konkretes im Wahlprogramm

Zum Klimaziel der EU, null Emissionen bis 2050, bekennt sich grundsätzlich auch die Union in ihrem Wahlprogramm. Nur legt sie wenig Konkretes vor, wie sie es denn erreichen will. Sie nennt "marktbasierte Instrumente" wie Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft, den Ausbau der erneuerbaren Energien und den CO_2-Emissionshandel. Letzterer kann die Emissionen auch effektiv senken. Nur wird etwa die Landwirtschaft, aus der zehn Prozent der europäischen Emissionen stammen, bislang nicht vom Handel mit CO_2-Rechten erfasst. Und die Union hat den Bauern versprochen, ihnen jegliche zusätzliche Bürokratie zu ersparen.

Ausschließlich auf die Bepreisung und den Handel mit CO_2 zu setzen, birgt aber noch ein weiteres Problem. Schon jetzt ist klar, dass der Klimaschutz für Verbraucher spürbarer und

schmerzhafter wird. Ab 2027 soll der Handel mit Emissionszertifikaten auch Gebäude und Verkehr einschließen. Das wird vor allem für Verbraucher mit niedrigerem Einkommen teuer. Ein europäischer Klimasozialfonds soll die Härten zwar abfedern, aber die EU darf das Geld nicht direkt an die Bürgerinnen auszahlen.

Was passiert, wenn die Nationalstaaten fürs Verteilen zuständig sind, lässt sich am Umgang der Bundesregierung mit dem Klimageld für die Bürgerinnen und Bürger beobachten. Das sollte ebenfalls die Belastungen durch den kontinuierlich steigenden deutschen CO_2-Preis kompensieren, so stand es im Koalitionsvertrag.

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat es bis weit in die Zukunft verschoben. Auch die CDU trägt ihre Bekenntnisse zur Haushaltsdisziplin und zum Schutz von Landwirten und Wirtschaft mit deutlich mehr Verve vor als diejenigen zum Klima- und Naturschutz.

Ob Ursula von der Leyen das letzte Bollwerk für ihren Green Deal darstellt? Auch daran muss man zweifeln. Während sie in den vergangenen Jahren einige Gesetze mithilfe der Stimmen der Grünen durchs EU-Parlament brachte, so flirtet auch sie mittlerweile mit den Parteien rechts von der EVP. Dass die von Klimaschutz gar nichts halten, ist kein Geheimnis. Die Dämme gegen rechts zu erhöhen – das wäre auch der beste Hochwasserschutz.

ÉCOLE
NORMALE
SUPÉRIEURE
DE LYON

15 parvis René-Descartes
BP 7000, 69342 Lyon cedex 07
Tél. +33 (0)4 37 37 60 00
www.ens-lyon.fr

Concours d'entrée 2024

Annexe sujets

Allemand
Toutes séries

Épreuve d'admission : Analyse en langue étrangère d'un texte étranger hors programme (LV2)

UNIVERSITÉ DE LYON
ENS DE LYON

Wenn der Soldat vor die Klasse tritt

von Kathrin Müller-Lancé

Die Bundeswehr braucht Nachwuchs und hält mehr Vorträge an Schulen. Ist das richtig – oder ist das ein Problem? Zu Besuch im Unterricht.

Fast alle Hände im Klassenzimmer gehen hoch, als Benjamin Bartels fragt, wer sich in Deutschland sicher fühle. „Ich kann abends rausgehen, ohne zu überlegen, ob ich eine Knarre mitnehmen soll“, sagt ein Schüler. Es ist Montagmorgen, kurz vor zehn, Hauptmann Benjamin Bartels, Jugendoffizier der Bundeswehr, hat gerade seinen Vortrag begonnen. „Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“ steht auf der ersten Folie der Präsentation, die er auf dem Bildschirm hinter sich gestartet hat. Darüber möchte er heute mit den Zwölftklässlern des Otfried-Preußler-Gymnasiums in Pullach bei München sprechen.

Bartels, 33, in der blauen Uniform der Luftwaffe, ist als Jugendoffizier für politische Bildung zuständig. 94 dieser Stelle gibt es aktuell bei der Bundeswehr. Zu den Hauptaufgaben der Jugendoffiziere gehört es, wie an diesem Tag, mit Schulklassen über die Rolle und die Aufgaben der Bundeswehr zu sprechen. Fast 100 solcher Besuche macht Bartels pro Jahr. Die Anfragen hätten in letzter Zeit deutlich zugenommen, sagt er.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine stellt sich in Deutschland die Frage nach der Wehrhaftigkeit neu. Weil der Bundeswehr Soldatinnen und Soldaten fehlen, hat das Verteidigungsministerium eigens eine Task Force Personal eingerichtet. Das Ziel: Von 182 000 Soldatinnen und Soldaten heute soll die Zahl bis spätestens 2031 auf rund 203 000 wachsen. Ein Vorschlag, den man deshalb immer wieder hört: Die Bundeswehr müsse sichtbarer werden, mehr Berührungspunkte haben mit der Gesellschaft, am besten schon mit Schülerinnen und Schülern.

Aber sind Klassenzimmer dafür der richtige Ort?

Die Task Force Personal greife auch den „Zugang zu Schulen“ auf, teilt ein Sprecher des Verteidigungsministeriums mit. Entsprechende Ideen würden noch geprüft, die Landeskommandos der Bundeswehr seien in einem intensiven Austausch mit den Bildungsministerien. Verteidigungspolitiker der CDU schlugen Anfang Januar in einem Konzeptpapier sogar vor, verpflichtende Besuche von Jugendoffizieren ab der 9. Klasse einzuführen – an denen Schüler wie am normalen Unterricht teilnehmen müssten. Und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat eine neues Bundeswehrgesetz angekündigt, das unter anderem auf die Schulen abzielt. Im Bereich der politischen Bildung sollten „alle

staatlichen Schulen“ mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr zusammenarbeiten, heißt es in einem Kabinettsbericht.

Das kommt nicht bei allen gut an. „Nur weil es Nachwuchsprobleme bei der Bundeswehr gibt, sollte das nicht dazu führen, dass man Standards der politischen Bildung in Schulen kippt“, sagt Mark Ellmann von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern. Und die sieht er gefährdet, wenn ein Soldat in Uniform 90 Minuten über seinen Arbeitgeber spricht. „Man erlaubt ja auch nicht einem Referenten von Microsoft, vor Schülern über sein Unternehmen aufzuklären.“

Und was ist mit der Tatsache, dass es sich bei der Bundeswehr um eine systemrelevante Institution handelt, deren Personalmangel Folgen für die ganze Gesellschaft haben könnte? „Andere systemrelevante Berufe, zum Beispiel im Bereich der Pflege, machen ja auch keine Werbung im Unterricht“, sagt Ellmann.

Benjamin Bartels, der Jugendoffizier, sagt: „Ich werbe nicht.“ Die Bundeswehr sei ein Teil der Gesellschaft, und als solchen stelle er sie dar. Er sei nicht an der Schule, sagt Bartels, um Personal zu rekrutieren, sondern um über Sicherheitspolitik zu sprechen. […]

Die Zahl der Vorträge, die Jugendoffiziere überwiegend an Schulen gehalten haben, ist in den vergangenen Jahren – mit Ausnahme der Corona-Pandemie – kontinuierlich gestiegen. Von etwa 3000 Vorträgen im Jahr 2013 auf etwa 4300 im Jahr 2022. Die Zahl der dadurch erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat sich laut Bundeswehr 90 000 aus 113 000 erhöht.

Die Bundeswehr ist also schon jetzt häufiger Gast an Schulen. Der Bundeskanzler hat die Zeitenwende ausgerufen. Führt das nun dazu, dass sich mehr junge Menschen eine Karriere als Soldatin oder Soldat vorstellen können?

„Mein Eindruck ist: Die Bundeswehr ist seit dem Krieg in der Ukraine häufiger Thema, aber oft ohne viel Hintergrundwissen“, sagt Benjamin Bartels. Das Gefühl, dass seit dem Krieg mehr junge Soldaten werden wollen, habe er nicht. Der Schüler aus der Fünfminutenpause sagt: „Die Bundeswehr verbinden immer noch viele mit der alten Zeit.“ Die einzigen jungen Leute, die er kenne, die sich eine Karriere bei der Bundeswehr vorstellen könnten, täten das, um dem Numerus Clausus im Medizinstudium zu entgehen.

Aus: *Süddeutsche Zeitung*, 20.02.2024 (gekürzt)

90 Sekunden Holocaust

von Fabian Hillebrand

Mit Videos über den nationalsozialistischen Völkermord erreicht Susanne Siegert auf TikTok Millionen junge Menschen. Passt das zwischen Schminktipps und Tanzvideos?

Was Jugendliche und Kinder über den Holocaust lernen, wird nicht mehr nur in Gedenkstätten und Schulen bestimmt, sondern auch in einer kleinen Leipziger Dachgeschosswohnung. Dort sitzt Susanne Siegert auf einem Sofa und recherchiert für ihre Videos für TikTok und Instagram. Sie erzählt darin über die Grauen des Nationalsozialismus: über Lampenschirme, die aus Menschenhaut gefertigt wurden, über den Unterschied zwischen Vernichtungs- und Konzentrationslagern und warum Letztere mit KZ und nicht mit KL abgekürzt werden. Wie die Zukunft des Erinnerns an die Shoa aussieht, wird wohl maßgeblich von Menschen wie Siegert mitbestimmt. Zumindest lassen die Zahlen ihrer Social-Media-Kanäle diesen Schluss zu.

Eine Million Aufrufe hatten ihre Videos in der vergangenen Woche, dazu 15.000 Kommentare. 7,5 Millionen Likes hat sie auf TikTok und 171.000 Follower. 70 Prozent ihrer Zuschauer sind weiblich, die Hälfte ist jünger als 25.

Wie schafft sie es, so viele Menschen zu erreichen?

Ein Tag im Frühling. Siegert sichtet in ihrer Wohnung Dokumente aus den Konzentrationslagern. Sie recherchiert für ein neues Video. Es soll um Zwangsprostituierte gehen. Um Bordelle inmitten des Mordens. In mehreren Onlinearchiven sucht sie nach Hinweisen. Nach einiger Zeit findet sie eine Transportliste. Frauen, die nach Buchenwald gebracht worden sind. […]

In den nächsten Tagen macht Siegert aus ihrer Recherche ein Video. Sie braucht dafür kein Studio, keinen Greenscreen; nur ihr Handy, das sie auf einem Pappkarton befestigt. Dann wartet sie auf gutes Tageslicht und spricht in die Kamera. Sie berichtet von den Lagerbordellen und ihrem Zweck, deutsche Häftlinge zu belohnen, die in den Lagern für die SS arbeiteten. Sie berichtet, dass die Frauen meist dorthin verschleppt wurden. Dass sie am Tag zwischen fünf bis acht Männern ausgeliefert waren. Eine Viertelmillion Menschen schauen das Video – allein am ersten Tag.

Susanne Siegert ist 1992 in Bayern geboren. Für ihr Studium zog sie erst nach Eichstätt, dann nach Leipzig. Inzwischen arbeitet sie bei einer Marketingagentur. Ihre Haare sind vorn so kurz geschnitten wie ihre Videos: „90 Sekunden sind für mich die perfekte Länge“, sagt Siegert. „Das ist die Länge, die mir selbst beim Scrollen am besten gefällt.“ […]

Kann man den Holocaust in 90 Sekunden erklären? Sollte man? Macht es die Verschnipselung der Welt auf Social Media nicht überhaupt unmöglich, dort über solche Themen aufzuklären? Passen die NS-Verbrechen zwischen Schminktipps und Tanzvideos?

Susanne Siegert sagt, ihre Videos seien digitale Stolpersteine. Und TikTok das beste Medium, um junge Menschen zu erreichen. Sie sei frustriert, weil etwa Stiftungen und Parteien kaum Bildungsarbeit auf Social Media machten. „Ich muss viele Kommentare korrigieren oder löschen und bin damit ganz allein“, ärgert sich Siegert. Große Institutionen hätten Mitarbeiter und Budget, würden sich aber von TikTok weitgehend fernhalten.

Weil sie keine Werbung schaltet, verdient Siegert mit ihren Videos kein Geld. Trotzdem steckt sie mehrere Stunden pro Woche in die Produktion. „Keine.Erinnerungskultur“ heißt ihr Account auf TikTok und Instagram. Den Namen hat sie gewählt, weil Erinnern nicht passiv und rituell sein soll. Keine starre Kultur, sondern etwas Aktives. „Wir haben uns zu lange auf die Überlebenden verlassen“, sagt Siegert. „Ihnen einfach nur zugehört und selbst die Beine stillgehalten.“ Nun gehe es darum, dass jeder etwas mache.

Siegert ist in Bayern zur Schule gegangen, Landkreis Altötting. Nicht weit von ihrer Haustür liegt ein Wald. Ruinen, Bunker, Moos – erst nach dem Abitur erfährt sie von ihrer Schwester: Hier quälten die Nazis ihre Opfer.

Solche Orte gibt es überall in Deutschland: Frühere Lager, Außenlager, vergessene Lager. Siegert fing an, Videos über die Geschichte der Ruinen vor ihrer Haustür zu machen. Erst mit der Zeit drehte sie auch Videos über andere Verbrechen der Nazis. Inzwischen ist sie die reichweitenstärkste deutschsprachige NS-Geschichtsvermittlerin in den Sozialen Medien. Studiert hat Siegert Journalistik und Marketing. Sollte die Erziehung über Ausschwitz in den Händen von Leuten liegen, die nicht mal Geschichte studiert haben?

Siegert sagt, deshalb sei es ihr so wichtig, mit Archiven zu arbeiten. Um bei ihrer Arbeit möglichst nah an der Geschichte zu bleiben. In ihrem Film über Bordelle in den Lagern zeigt sie Originaldokumente aus verschiedenen Lagern und benutzt Aufnahmen von Zeitzeugen. Unter dem Video schrieben Menschen: „Krass, das wusste ich nicht. Deshalb darf man nie vergessen“ oder „Dieser Account ist so krass wichtig. Danke. 🖤“

Aus: *Der Spiegel* Nr. 19, 04.05.2024 (gekürzt)

Grüne Liebe zur Heimat

von Benjamin Limbach

Warum wir uns dem Phänomen Patriotismus öffnen sollten

In Frankreich sieht man im Zentrum eines jeden noch so kleinen Dorf die Mairie stehen mit Trikolore auf dem Balkon im ersten Stock und den Worten „Liberté Egalité Fraternité“ über dem Türstock. Diese Beobachtung weckte bei mir die alte Frage: Wie steht es eigentlich bei uns mit dem Patriotismus? Ist das immer noch eine offene Frage? Gerade wir Grünen haben es uns damit in unserer vierzigjährigen Geschichte nicht leicht gemacht. Und das nicht nur, weil dieser Begriff wie sein deutsches Pendant Vaterlandsliebe ein männlich konnotierter Begriff ist, der damit reflexartig unseren Widerspruch, wenigstens aber unseren Zweifel weckt. Das führt mich zu der auch seit 75 Jahren geführten Debatte, ob man nach dem Grauen der Naziherrschaft eigentlich noch guten Gewissens dieses Land lieben, also Patriot sein kann. Schließlich haben unsere Vorfahren mir einem Kaiserreich, das in einem Ersten Weltkrieg sein Ende fand, und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die im noch grauenvolleren Zweiten Weltkrieg Millionen Tote zur Folge hatte, alles dafür getan, diese Frage nicht mehr positiv beantworten zu können, noch besser sie gar nicht erst zu stellen.

Und vergleichen wir den französischen Patriotismus, der sich jedes Jahr am 14. Juli Bahn nicht nur in Paris mit einer großen Parade bricht, mit unseren gelinde gesagt zurückhaltenden Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes in diesem Jahr. Von einem Volksfestcharakter kann nun wirklich keine Rede sein. Warum gelingt es Franzosen und anderen europäischen Nationen, einen positiven Patriotismus zu feiern, aber nicht uns? Zwar gab es das Sommermärchen rund um die Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006, gibt es den Stolz auf deutsche Auto- und Industriemarken, die das „Made in Germany“ zu einem internationalen Gütezeichen werden ließen. Aber ein Patriotismus wie in anderen Ländern, der die gesamte Gesellschaft erfasst, hat sich nach dem Ende des 2. Weltkriegs nicht entwickelt. Gerade in Teilen des akademisch geprägten Bürgertums ist immer noch eine Skepsis gegenüber diesem Thema festzustellen.

Ein Einwand ist immer die Sorge, Patriotismus ende bei uns Deutschen immer in ungezügeltem Nationalismus. Am Ende gehe es wieder um Blut und Boden, sprich die Frage der Abstammung und die Revision der Grenzziehung nach dem 2. Weltkrieg. Patriotismus also als die harmlose Einstiegsdroge für einen exzessiven, wieder in einem Krieg endenden Nationalismus. Diese Gefahr zu erkenne, hilft aber meines Erachtens sie zu bannen. Patriotismus kann also nur

heißen, sein Land zu lieben, ohne andere herabzusetzen. Und sich klar von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus abzugrenzen.

Ein anderer Einwand lautet, wie könne man ein Land oder ein Volk lieben, das für solche Menschheitsverbrechen verantwortlich sei, wie wir Deutschen es waren und immer noch sind? In der Tat ein gewichtiger Einwand. Die Naziherrschaft war kein „Vogelschiss in tausend Jahren deutscher Geschichte“. Sie ist eine einmalige Zäsur, nach der nichts mehr war wie vorher. So ist es nachvollziehbar, dass unmittelbar nach dem 2. Weltkrig und währen der Gründung der Bundesrepublik Patriotismus erst einmal kein Thema für die meisten Demokratinnen und Demokraten war.

Dabei übersehen wir heute aber etwas, das die Entwicklung unseres Landes entscheidend geprägt hat, nämlich unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Sie baut auf einer Verfassung auf, die Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und zudem eine soziale Absicherung garantiert. Wir haben siebeneinhalb Dekaden Herrschaft des Rechts erlebt, die viele gesellschaftliche und rechtliche Veränderungen zu Folge hatten. Unsere Grundrechte beantworten ganz konkrete Fragen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen: Hat meine Tochter dieselben Chancen und Möglichkeiten wie mein Sohn? Entscheidet der Gelbbeutel der Eltern über den Zugang zu höherer Bildung? Habe ich als Mensch mit einer Behinderung Zugang zu Behörden und Gerichten? […]

Zurück zu Frankreich: Was sind unsere Begriffe für Rathausfassaden? Fündig wird man in unserer Nationalhymne: Einigkeit und Recht und Freiheit. Freiheit für zu einem selbstbestimmten Leben; Freiheit in Verantwortung vor der Freiheit des Nächsten. Recht im Sinne einer Herrschaft des Rechts statt einer Herrschaft der Macht: ein Rechtsstaat, der die Menschen in ihrem selbstbestimmten Leben vor Gefährdungen schützt; Recht im Sinne einer regelbasierten Ordnung. Eine Einigkeit im gemeinsamen Bekenntnis zu diesem Grundgesetzt: eine Einigkeit in unserer Vielfalt als eine bunte Gesellschaft; eine Einigkeit in dem Bestreben, dieses Land gemeinsam unseren Nachkommen in einem besseren Zustand zu hinterlassen.

Dr. Benjamin Limbach (Grüne) ist Justizminister von Nordrhein-Westfalen.

Aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.05.2024 (gekürzt)

Disco statt öder Alltag

von Paul Jandl

Im Palast der Republik konnten DDR-Bürger die Präsenz der Staatsmacht für ein paar Stunden vergessen.

Berlin ist ein Souvenirshop seiner selbst. Vielleicht war man es einfach leid, immer nur Plastikminiaturen des Fernsehturms und des Brandenburger Tors zu verkaufen, und so hat man auch das alte, in den fünfziger Jahren gesprengte Stadtschloss wieder auf den Markt gebracht. In Originalgrösse und einer Spritzgussoptik, wie man sie eben von Souvenirs kennt.

Mit gewisser historischer Berechtigung hätte man hier, dem Dom gegenüber, auch den Palast der Republik wieder aufbauen können. Das Erinnerungskapital der Berliner wäre dabei bedeutend höher gewesen. Aber das ging nicht. Nicht mit „Erichs Lampenladen", diesem früheren architektonischen Mischwesen, einerseits Sitz der Volkskammer der DDR und andererseits ein Ort der Massenbespassung.

„Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart", heisst eine Ausstellung der Berliner Humboldt-Forums. Seit 2021 arbeitet das Forum in moderner Architektur hinter den falschen Barockfassaden des Schlosses. Rund um seine ethnologischen Sammlungen soll es den Blick auf die Vergangenheit postkolonialistisch schärfen, und so ist die Schau über den geschleiften Republikpalast ein halb ironisches, halb zynisches Unterfangen.

Das neue Stadtschloss ist selbst eine Art Kolonialisierungsgewinner. Es steht dort, wo ehemals der DDR-Protzbau stand. 2008 mussten dessen Ruinen endgültig weichen, denn schon 1990 hiess es: Gefahr im Verzug. Der beim Bau verwendete Asbest sei ein Problem. Manche halten das bis heute für eine Mystifikation. Sie sind der Meinung, dass sich das wiedervereinigte Deutschland auch hier prominenter ideologischer Bauten Ostberlins habe entledigen wollen.

Wenn die Ausstellung „Hin und weg" behauptet, dass der Palast der Republik Gegenwart sei, dann ist das eine Notlüge. Man wandert durch eine Sammlung von Ausstattungsgegenständen, die nur im nostalgischen Sinn anschlussfähig sind. Das ewige deutsche „Weisst du noch?", mit dem den Phantomen eines versunkenen DDR-Alltags Leben eingehaucht werden soll, ist auch hier zu spüren. Ein Chor der Erinnerungen dringt aus den Lautsprechern der Ausstellung. Bei den meisten, die den echten Palast der Republik noch kannten, ist Bedauern herauszuhören, dass es ihn nicht mehr gibt, bei manchen auch Zorn darüber. Man kann Bauten abreissen, aber keine Erinnerungen.

„Hin und weg“ kann nur das zeigen, was noch da ist. Vieles ist verloren und zerstört, und so wirkt noch das Banalste in der Schau fast wie ein Juwel. Geschirr aus dem Spree- und aus dem Palastrestaurant, ein verschnörkelter Stuhl aus der Weinstube. Ledernde Sitzgarnituren aus dem Foyer, ein paar der ehemals 5000 Stahlrohrstühle, bronzene Türgriffe. Poppig bunte Untersetzer aus dem „Jugendtreffer“. Ein Exemplar der Zeitschrift „FF dabei“ mit der Cover-Story „Gabi hinterm Disco-Pult“. Im Republikpalast war öfter Disco als Volkskammer. Von dieser kann man aber auch noch zwei Delegiertenstühle sehen.

Aus dem sich seit seiner Gründung allzu technokratisch gebenden Arbeiter und Bauernstaat sollte ab den siebziger Jahren eine Soft-Touch-DDR werden. Zumindest im Gefühl der Bürger. Auch dafür war der neue Veranstaltungsort da. Udo Lindenberg, Carlos Santana und Herman van Veen durften hier auftreten, während die Staatssicherheit im Gebäude vor ihren Überwachungsmonitoren sass. In der Ausstellung findet sich eines dieser Exemplare, nebst dem Protokoll einer Observierung. Der Dialog der Stasi-Beamten, die auf dem Parkplatz vor dem Veranstaltungsort Verdächtige ausmachen und ihre Kameras nur äusserst mühsam in Position bringen, ist absurdes Theater und Teil jener potemkinschen Politik, für die das megalomane Projekt Republikpalast ganz insgesamt stand. […]

Im August 1990 beschliesst die erste gewählte Volkskammer am gleichen Ort den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Das ist der grosse historische Hinundweg-Moment, wenn man so will. Im Gefühl gar nicht so weniger Menschen war das Verschwinden des Palastes der Republik ein Eroberungsakt von Westen nach Osten. Dieses Bild will und kann die Ausstellung nicht ganz entkräften. Bedeutungsschwer und als Zeichen des grossen politisch-wirtschaftlichen Paradigmenwechsels liegt der Motorblock eines VW Golf VI in der Halle. Er ist aus dem Stahl gemacht, der früher die Aussenhaut des Republikpalastes trug.

Zur Eröffnung der Ausstellung „Hin und weg“ war auch Sabine Bergmann Pohl gekommen, die Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Sie hatte eine launige Geschichte zu erzählen: Die Glocke, mit der sie das Ergebnis der Abstimmung der DDR über den Beitritt zur Bundesrepublik bekanntgab, bewahrte sie später („Damit sie nicht auch noch wegkommt!“) bei sich zu Hause auf, bis westliche Beamte das historische Stück zur offiziellen Verwahrung verlangten. Trotz gelegentlichen Nachforschungen: Es ward seither nie wieder gesehen.

Aus: *Neue Zürcher Zeitung*, 28.05.2024 (gekürzt)

Sylt – Deutschlands meistgehasste Insel

Von Johannes C. Bockenheimer

Xenophobie und Champagnergelage: Mythen über das Nordsee-Eiland erzählt man sich dieser Tage viele, doch die wenigsten treffen zu.

Wäre die Insel Sylt nicht, das amerikanische Modeunternehmen Ralph Lauren stünde längst vor dem Bankrott. Während sich die Schnitte der Amerikaner auf dem Heimatmarkt seit Jahren nur noch schleppend verkaufen, werden die Kleidungsstücke mit dem aufgestickten Polospieler hier noch immer in rauen Mengen unters Volk gebracht.

An jeder Ecke der deutschen Nordseeinsel entdeckt man die Hemden, Blusen und Kleider – wahlweise in romantischem Rosé, frühlingsfrischem Grün oder auch in neckischem Gelb. Und wer vor Anreise noch kein eigenes Stück der Marke im Schrank hängen hatte, kann sich direkt nach der Ankunft auf dem Eiland im Designer-Outlet damit eindecken, das praktischerweise direkt am Bahnhof die Kundschaft empfängt. […]

Ein bisschen schnöselig, ein bisschen spiessig und etwas aus der Zeit gefallen: Was für den amerikanischen Textilhändler Ralph Lauren zutrifft, ist auch eine treffende Beschreibung für die Insel in Nordfriesland. Was wiederum dazu geführt hat, dass Sylt seit Jahren für all das steht, was progressive Zeitgenossen einen weiten Bogen um den Ort machen lässt.

Dass sich nun auch noch eine Handvoll gestriegelter Inselgäste beim Trällern rassistischer Parolen im Nachtklub Pony gefilmt hat, passte da bestens ins bestehende Feindbild. Bestätigte der Vorfall doch, was man ohnehin schon zu wissen glaubte: Wer sich schamlos dem Luxus hingibt (und damit den Reizen des Kapitalismus erliegt), der ist moralisch zumindest fragwürdig. Erwischt!

Das Video aus dem Sylter Nachtklub Pony verdeutliche, dass Rassismus kein Phänomen allein von «saufenden Neonazis oder Dorfprolls» sei, so echauffierte sich die «TAZ». «Hier grölen keine Normalverdiener, sondern Leute, die zum Klischee einer reichen Oberschicht passen.» Der «Stern» wiederum montierte für seine aktuelle Titelseite ein Hakenkreuz in ein Perlweinglas und schrieb von den «Champagner-Nazis». Die wenig subtile Botschaft: Hier im hohen Norden gibt sich eine gutsituierte Elite rücksichtslos ihren Privilegien hin – und ihrer Xenophobie. Das von grünen Deichen umrandete Nordseeidyll – ist es in Wirklichkeit ein braunes Nest?

In Sylt erkennt man in derlei Zuschreibungen die eigene Heimat nicht. Da ist zum Beispiel der Inselpastor Rainer Chinnow, der seit fast einem Vierteljahrhundert die Menschen auf dem Eiland bei Geburten, bei ihren Hochzeiten und am Sterbebett begleitet. Schon die Unterstellung,

Sylt sei ein Refugium der Reichen, hält er für abwegig. «Das Klischee der Insel der Schönen und der Reichen wurde von den Medien in den sechziger Jahren geprägt.»

Es sei kein Slogan, den irgendein ihm bekannter Inselbewohner unterschreiben würde. Sylt sei vielmehr eine multikulturelle Insel. «Wir leben an diesem Ort mit 20 000 Menschen aus derzeit 113 Nationen.» Man lebe hier friedlich miteinander und helfe einander: «Wir sind aufeinander angewiesen.» […]

Am Strand von Wenningstedt findet sich zumindest ein Beleg dafür, dass Sylt jedenfalls in der Vergangenheit einmal Anziehungspunkt für Menschen mit menschenverachtendem Weltbild war. Denn hier, inmitten von Strandhafer Büschen und Borstgras-Sträuchern, liess sich NS-Reichsmarschall Hermann Göring in den dreissiger Jahren «Min Lütten» errichten: Ein 140 Quadratmeter grosses, reetgedecktes Ferienhaus.

Wer allerdings glaubt, hier auf Massen ewiggestriger Wallfahrer zu treffen, wird nicht fündig. Stattdessen ziehen Familien mit Sandförmchen und Picknickkorb vorbei in Richtung Strand. «Vielleicht sollte man das Ding einfach abreissen», schlägt eine Passantin vor. […]

Wie nur kommt es, dass diese Insel die Deutschen so sehr spaltet? Anruf bei Bernd Raffelhüschen, der auf und um Sylt herum gross geworden ist. In den siebziger Jahren trug er lange Haare, war ein Hippie und leitete das autonome Jugendzentrum in Westerland. Heute ist er Ökonom an der Universität Freiburg und ist keineswegs erstaunt über die immer neuen politischen Debatten, die von der Nordseeinsel ausgehen. Und in deren Verlauf sich jüngst beginnend mit der Innenministerin über den Bundeskanzler bis hin zum Bundespräsidenten das gesamte politische Spitzenpersonal eingeschaltet hat. […]

Als touristisches Ziel wurde die Insel mit dem Bau des Bahndamms in den zwanziger Jahren erschlossen. Den Urlaub konnten sich damals aber vor allem Wohlbetuchte leisten. Auch einige jüdische Bürger verliebten sich in die Insel und erwarben dort Ferienhäuser. «Was wiederum in antisemitischer Hetze von beiden Seiten, aus dem linken wie dem rechten Spektrum, gipfelte.» Nach dem Zweiten Weltkrieg dann öffnete sich die Insel dem Massentourismus. Es war vor allem die untere Mittelschicht, die es dorthin zog: «Jeder, der sich Italien nicht leisten konnte, fuhr stattdessen nach Sylt», sagt Raffelhüschen. Der Mythos unter Linken, dass es sich bei Sylt um ein Eiland der Privilegierten handele, die Champagner schlürften und im Überfluss schwelgten, rühre vor allem daher, dass neben den Massen eben immer auch ein paar Bürgerliche zu den Stammgästen zählten.

Aus: *Neue Zürcher Zeitung*, 31.05.2024 (gekürzt)

Geheimtreffen mit Rechtsextremen: AfD-Kader diskutieren Vertreibungen

Von Jean-Philipp Baeck

Einflussreiche AfD-Politiker sollen mit Rechtsextremen einen Plan für rassistische Massenvertreibungen diskutiert haben. „Correctiv“ berichtet darüber.

Bei einem geheimen Treffen sollen einflussreiche AfD-Politiker*innen mit Rechtsextremen einen rassistischen Plan für massenhafte Vertreibungen von Deutschen mit Migrationshintergrund diskutiert haben. Das geht aus einem Bericht des Recherchezentrums *Correctiv* hervor, der am Mittwoch Details des konspirativen Treffens enthüllte. Auch der persönliche Referent der AfD-Bundesvorsitzenden Alice Weidel war mit dabei. Der Rechercherbericht zeigt auf, wie rassistische und verfassungswidrige Vorstellungen bis in die Spitze der Bundes-AfD reichen.

Das Treffen habe Ende November in einem Hotel in Potsdam stattgefunden. Laut dem Bericht stellte Martin Sellner, ein langjähriger Kopf der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), dort einen „Masterplan“ zur „Remigration“ vor, bei dem es um die massenhafte Ausbürgerung und Vertreibung von Deutschen mit Migrationshintergrund ging. Das beträfe Millionen von Menschen.

Die anwesenden Politiker*innen sollen sich während des Treffens mit dem Konzept einverstanden gezeigt haben. Sie hätten diskutiert, wie genau sie diese Strategie gemeinsam in die Tat umsetzen wollten, sollte die AfD in Regierungsverantwortung gelangen.

Umgesetzt werden solle der Plan demnach auch mit Hilfe eines „Musterstaates“ in Nordafrika. In ein solches Gebiet, in dem bis zu zwei Millionen Menschen leben könnten, wolle man Menschen bewegen. Auch Menschen, die sich in Deutschland für Geflüchtete einsetzen, könnten dorthin gebracht werden, soll Sellner gesagt haben.

Das Rechercheteam von *Correctiv* hat das Treffen nach eigenen Angaben vor Ort undercover mit Kameras dokumentiert. Ein Reporter sei unter anderem Namen in demselben Hotel eingescheckt. Mehrere Quellen hätten zudem die Aussagen der Teilnehmenden des Treffens glaubhaft wiedergegeben. Einige Dokumente seien auch von Greenpeace zur Verfügung gestellt worden.

Die Enthüllungen könnten die Diskussionen um ein Parteiverbot der AfD weiter beleben. Die drei AfD-Landesverbände Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen gelten den Verfassungsschutzämtern bereits als „gesichert“ rechtsextrem, ebenso der Bundesverband der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“. Zur rechtsextremen „Identitären Bewegung“ gilt

von Seiten der AfD eigentlich offiziell ein „Unvereinbarkeitsbeschluss“, seit Jahren findet aber dennoch eine rege Zusammenarbeit statt.

Eingeladen in das Potsdamer Hotel hat laut der Recherche unter anderen der ehemalige Mitbesitzer der Bäckerei-Selbstbedienungs-Kette „Backwerk“, Hans Christian Limmer. Er ist heute einer der Eigner der Restaurant-Franchisemarke „Hans im Glück“. Limmer bestritt die Vorwürfe gegenüber den Journalisten und erklärte, er sei an der Planung nicht beteiligt gewesen. Auch würde er „immer widersprechen“, wenn jemand „deutsche Staatsangehörige als Staatsbürger zweiter Klasse behandeln wollte“.

Bei dem Treffen sollte es wohl auch um die Sammlung von Spenden für ein „exklusives Netzwerk“ gehen, um rechte Politik zu fördern. Neben Rechtsextremisten wie Sellner oder dem verurteilten Gewalttäter Mario Müller nahmen laut dem Bericht auch Vertreter*innen vermeintlich bürgerlicher Vereine daran teil. So sei unter anderem Silke Schröder aus dem Vorstand des Vereins Deutscher Sprache dabei gewesen, ebenso wie Ulrich Vosgerau, ehemaliges Kuratoriumsmitglied der AfD-nahen Desiderius Erasmus Stiftung sowie CDU-Politiker*innen der rechten „Werteunion“.

Unter den Teilnehmenden zählt der Bericht zudem mehrere Vertreter*innen aus AfD-Landesverbänden auf, die bislang noch nicht vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wurden: darunter Tim Krause, AfD-Vorsitzender im Kreis Potsdam, und Gerrit Huy, AfD-Bundestagsabgeordnete aus Bayern.

Auch Roland Hartwig, der persönliche Referent der AfD-Bundeschefin Alice Weidel, war in dem Hotel in Potsdam dabei. Hartwig hat laut *Correctiv* Einfluss auf höchste Entscheidungsebenen der AfD. Er habe sich in der Runde als Fan des Rechtsextremen Sellner bezeichnet und auf dessen rassistischen Vertreibungs- und Ausbürgerungspläne Bezug genommen. Hartwig sagte der Correctiv-Recherche zufolge bei dem Treffen zu, die inhaltlichen Pläne des Treffens in die Partei zu tragen.

Auch die Bundestagsabgeordnete Huy befürwortete demnach derartige „Remigrations“-Pläne. Der ebenfalls anwesende AfD-Fraktionsvorsitzende Sachsen-Anhalts, Ulrich Siegmund, habe ergänzt, dass man in seinem Bundesland dafür sorgen müsse, dass es „für dieses Klientel möglichst unattraktiv zu leben“ werde.

Aus: *TAZ*, 10.01.2024 (gekürzt)

Fach- und Arbeitskräftemangel
„Deutschland wird zur Teilzeitrepublik – das hat fatale Folgen“

Interview von Sonja Álvarez

Die Teilzeitquote wächst: lag sie 1991 noch bei 28 Prozent, sind es heute 31 Prozent. Warum das keine gute Entwicklung für den Standort Deutschland ist und weshalb mehr Menschen mehr Arbeiten müssten, erklärt Arbeitsmarktökonom Holger Schäfer.

***WirtschaftsWoche*: Herr Schäfer, die Frühjahrsbelebung fällt schwächer aus als sonst, im Durchschnitt dürfte die Zahl der Arbeitslosen im laufenden Jahr auf knapp 2,8 Millionen Menschen steigen – und damit auf den höchsten Stand seit 2015, zeigt Ihre neue Studie. Kehrt die Arbeitslosigkeit nach Deutschland zurück?**

Holger Schäfer: Das muss ich mit Ja und Nein antworten – und lassen Sie uns dafür kurz auf 2023 zurückblicken: Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr zwar um 0,3 Prozent geschrumpft, doch trotz der Rezession ist der Arbeitsmarkt recht stabil geblieben. Viele Unternehmen wollen ihre Fachkräfte mit Blick auf die demografische Entwicklung offenbar halten, auch, wenn sie nicht vollständig ausgelastet werden konnten.

Das dürfte aber nur bei kurzen konjunkturellen Schwächephasen durchzuhalten sein?

Richtig, dauert die Schwächephase an, ist damit zu rechnen, dass der Personalbestand angepasst wird – und angesichts der eher schwachen Wachstumsprognosen dürften wir in diesem Jahr die Folgen der anhalten Wirtschaftskrise auch auf dem Arbeitsmarkt deutlicher als bislang zu spüren bekommen.

Von den Arbeitslosenzahlen rund um die Jahrtausendwende, als Deutschland als „kranker Mann Europas“ galt, sind wir aber noch weit entfernt?

Damals lag die Arbeitslosenquote bei 10,5 Prozent, heute sind wir bei 6,0 Prozent – und ich sehe nicht, dass wir uns absehbar wieder annähernd in diese Richtung bewegen. Im Gegenteil. Damals war die hohe Arbeitslosigkeit eines der größten Probleme. Heute ist Deutschlands größte Wachstumsbremse der Fach- und Arbeitskräftemangel, der sich durch viele Branchen zieht. […]

164 Tage dauert es laut der Bundesagentur für Arbeit derzeit im Schnitt, bis ein Unternehmen eine freie Stelle besetzen kann. Warum geht das trotz der wachsenden Zahl der Arbeitslosen nicht schneller?

Die Leute, die gesucht werden, sind vor allem Fachkräfte. Viele Langzeitarbeitslose streben dagegen eher eine einfache Tätigkeit an – und das ist schwer in Einklang zu bringen. Zugespitzt

gesagt: Sie können aus einem Krabbenpuler nur schwer einen Computerexperten machen. Neben den Qualifikationsproblemen kommt hinzu, dass viele Langzeitarbeitslose eher älter sind und körperliche Einschränkungen haben. Deshalb sind ist der Mismatch auf absehbare Zeit nicht aufzulösen.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel wird durch den Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge, der sogenannten Babyboomer, demnächst noch weiter verschärft. Dazu wollen immer mehr Menschen weniger arbeiten. Welche Folgen hat es für Deutschlands Wachstumschancen, wenn wir immer mehr zur Teilzeitrepublik werden?

Es ist fatal, dass Deutschland zur Teilzeitrepublik wird. 1991 lag die Teilzeitquote noch bei 14 Prozent, 2013 bei 28 Prozent, 2022 bei 30 Prozent und jetzt sind wir schon bei 31 Prozent. Wir haben in Deutschland war eine vergleichsweise hohe Erwerbstätigenquote, knapp 77 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter sind erwerbstätig, im OECD-Durchschnitt sind es dagegen nur 69 Prozent. Aber die Pro-Kopf-Arbeitszeit ist mit 1341 Stunden niedriger als im OECD-Schnitt, Deutschland liegt sogar nur auf den hinteren Plätzen. Bei rund zwei Millionen unbesetzten Stellen und der enormen transformationsaufgaben in diesem Land ist es also dringend geboten, das Arbeitskräftepotenzial besser zu heben – statt über weitere Arbeitszeitverkürzungen wie eine Vier-Tage-Woche zu diskutieren.

FDP-Chef Christian Lindner schlängt mit seiner Partei im Rahmen eines 12-Punkte-Plans für eine so genannte Wirtschaftswende vor, Überstunden steuerlich zu begünstigen und Mehrarbeit dadurch attraktiver zu machen. Ist das eine gute Idee?

Ich finde die Idee dahinter sehr richtig. Dass eine Partei überhaupt darüber nachdenkt, wie längeres Arbeiten attraktiv werden kann, ist schon ein Fortschritt. Denn bisher wird in der Bundesregierung ja eher über Maßnahmen nachgedacht, mit welchen Maßnahmen man weniger Arbeit attraktiv machen kann. Eine von den Arbeitgebern zu bezahlende Familienstartzeit ist nur ein Beispiel, auch mit der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich wird bei SPD-Vertretern geliebäugelt. Doch so spannend die Idee der FDP ist, so schwer könnte die Umsetzung werden, die Voraussetzung zur Arbeitszeiterfassung ist da nur die erste Hürde.

Aus: *WirtschaftsWoche*, 01.05.2024 (gekürzt)

ÉCOLE
NORMALE
SUPÉRIEURE
DE LYON

15 parvis René-Descartes
BP 7000, 69342 Lyon cedex 07
Tél. +33 (0)4 37 37 60 00
www.ens-lyon.fr

Concours d'entrée 2024

Annexe sujets

Allemand
Toutes séries

Épreuve d'admission : Analyse en langue étrangère d'un texte étranger hors programme (SH)

UNIVERSITÉ DE LYON
ENS DE LYON

Klimaklatsche für Bundesregierung

Nick Reimer
taz
16.05.2024

Großer Erfolg für Umweltschützer: Oberverwaltungsgericht urteilt, dass die Bundesregierung ihr Klimaschutz-Programm nachschärfen muss.

„Das ist eine verdiente Ohrfeige für die Pseudo-Klimaschutzpolitik der Bundesregierung". Mit dieser Einschätzung freute sich Jürgen Resch über jenes Urteil, dass das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am späten Donnerstag gesprochen hat. Die Deutsche Umwelthilfe DUH – Resch ist einer ihrer Geschäftsführer – hatte die Bundesregierung wegen mangelndem Klimaschutz verklagt[1]. Das Gericht gab der DUH in allen Anklagepunkten Recht und verurteilte die Regierung, konkrete Maßnahmen zum Erreichen des deutschen Klimaziels aufzulegen.

Im Fokus der Verhandlung standen die sogenannten Klimaschutz-Programme: 2019 hatte die damalige Bundesregierung von Angela Merkel (CDU) ein Klimaschutz-Gesetz beschlossen, das vorsah, die deutschen Emissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

Erreicht werden sollte das mit dem sogenannten Klimaschutz-Programm, also konkreten politischen Maßnahmen. Um wirklich sicherzustellen, dass jeder einzelne Sektor seine Emissionen senkt – etwa Verkehr, Bau, Industrie, Landwirtschaft –, wurde nach dem Vorbild der britischen Klima-Gesetzgebung ein Expertenrat eingesetzt, der überprüfen soll, ob die im Klimaschutz-Programm beschriebenen Maßnahmen ausreichen, um auf den notwendigen Reduktionspfad zu gelangen.

Die Deutsche Umwelthilfe befand die beschriebenen Maßnahmen zu unkonkret und klagte 2021 dagegen: Aus der Maßnahme „Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs", wie es im Klimaschutz-Programm heißt, könne beispielsweise niemand ablesen, wie viele Tonnen Treibhausgas tatsächlich gespart werden. Ein anderes Beispiel sei die „Abschaffung klimaschädlicher Emissionen": Solange die Regierung nicht klar benenne, welche Subvention sie abzuschaffen plant, sei der Reduktionseffekt nicht in Tonnen zu messen.

Das es erst jetzt – drei Jahre nach Klageeinreichung – zu einem Urteil kam, liege an der Ampelkoalition, so der Vorwurf der DUH. Dreimal sei der Verhandlungstermin von der Regierung verschoben worden, „mit teils fadenscheinigen Begründungen", findet Jürgen Resch, zuletzt sei die Regierung wenige Tage vor der Verhandlung damit gescheitert, den Termin erneut zu verlegen. „Diese Regierung versucht sich vor dem Klimaschutz zu drücken", so Resch.

[1] porter plainte

Regierung musste schon einmal nach Urteil nachbessern

Doch bevor es in den Gerichtssaal 301 am Oberverwaltungsgericht geht, muss die veränderte Rechtslage erörtert werden: 2021 hatten mehrere Personen, darunter neun junge Menschen, eine Verfassungsbeschwerde[2] gegen das Klimagesetz von 2019 eingereicht. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass dieses die Freiheits- und Grundrechte der kommenden Generationen beeinträchtigt.

Der damalige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) war sich nicht zu schade, nach dem Urteil zu erklären: „Die Entscheidung gibt uns die Chance, für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen". Dabei war er maßgeblich an jener Gesetzgebung beteiligt, die zu Gunsten seiner Generation formuliert worden war.

Wegen des Urteils musste die Koalition aus Union und SPD ein neues Klimaschutz-Gesetz erarbeiten. Ziel ist jetzt, die deutschen Emissionen 65 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Wirksam wurde das Gesetz kurz vor der Bundestagswahl 2021. Und wieder soll ein Klimaschutz-Programm die notwendigen Maßnahmen zum Erreichen des Zieles festschreiben. Das legte die Ampel-Regierung im Oktober 2023 fest. Für die DUH war das rot-grün-gelbe Programm aber ebenso schlecht: „zu wolkig formuliert, zu unkonkret", kritisierte DUH-Anwalt Remo Klinger am Donnerstag im Gerichtsaal.

Die neueste juristische Wendung stammt vom 26. April dieses Jahres: Da hat die Ampel[3] ein eigenes Klimaschutz-Gesetz auf den Weg gebracht. Allerdings ist das noch nicht in Kraft. „Deswegen ist das neue Klimaschutz-Gesetz für dieses Verfahren unerheblich", erklärte die Vorsitzende Richterin Ariane Holle. Und damit sind wir im Gerichtssaal, der mit vielleicht einhundert Besuchern gut gefüllt war. Ihr sei wichtig, das Verfahren öffentlich zu verhandeln, sagte Holle, „damit es Teil der öffentlichen Debatte wird".

Muss die Ampel ihre Politik komplett neu aufstellen?

Am deutlichsten wurde das juristische Tauziehen bei der Einschätzung des Klimaschutz-Programms von 2023: Die Verteidigung argumentierte, dass ein solches rechtlich nicht verpflichtend vorzulegen sei, die Bundesregierung habe es „freiwillig" erarbeitet.

DUH-Anwalt Klinger erklärte dagegen, das Programm sei das „zentrale rechtliche Dokument des deutschen Klimaschutzes." Folgt der zuständige 11. Senat dieser Ansicht, gehen Beobachter davon aus, dass die Ampel ihre Klimaschutz-Politik komplett neu aufstellen muss.

In ihrer Urteilsbegründung erklärte die Vorsitzende Richterin Holle, dass das vergangenen Oktober beschlossene Klimaschutz-Programm die gesetzlichen Vorgaben nicht vollständig erfüllt: „Die Bundesregierung muss darauf achten, dass alle Maßnahmen des Klimaschutzprogramms prognostisch geeignet sind, die Klimaziele zu erreichen und die jährlichen Emissionsmengen einzuhalten". Dies müsse „methodisch einwandfrei" sein und dürfe nicht auf unrealistischen Prognosen beruhen. Denn die im Klimaschutzgesetz

[2] plainte constitutionnelle
[3] ici: la coalition au pouvoir

festgelegten Klimaziele seien verbindlich. Absehbar sei aber, dass bereits in diesem Jahr viele Sektoren die im Klimaschutzgesetz festgelegten Treibhausgas-Mengen überschreiten.

Schon am Freitag allerdings könnte die Rechtslage wieder eine andere sein. Im Bundesrat wird dann nämlich jenes Klimaschutz-Gesetz beraten, das die Ampel auf den Weg gebracht hat. Im Bundestag kritisierte die Union, dass die Koalition die vormals verbindlich festgeschriebenen Sektorziele gestrichen hat. Damit werde „das Herzstück entrissen“. Umweltverbände haben deshalb die Union aufgefordert, im Bundesrat das Gesetz in den Vermittlungsausschuss zu überweisen.

771 mots

Neues Deutschland

Peter Maxwill, Steffen Winter
Der Spiegel
01.03.2024

In den drei ostdeutschen Bundesländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg wird dieses Jahr gewählt, alle rechnen mit Erfolgen für die AfD. Doch es gibt auch eine starke Stimmung gegen die Rechtsextremen und ein neues Selbstbewusstsein Ost.

Man kann sich das Spektakel schon ausmalen. In Erfurt und Dresden am 1. September. In Potsdam am 22. September. Vor den Landesparlamenten von Thüringen, Sachsen und Brandenburg werden Dutzende Übertragungswagen stehen. Die westdeutsch geprägte Medienmacht wird den schaudernden Zuschauern erklären, was bei den Wahlen „im Osten“ mal wieder schiefgelaufen ist. Ein Erdrutschsieg für die AfD. Ein Triumph der Antidemokraten. Der Osten wählt rechts.

Einer, der die ostdeutsche Seele erforscht und nach der Identität sucht, ist der Görlitzer Soziologe Raj Kollmorgen. Der Wissenschaftler sagt, dass es seit den frühen Neunzigerjahren auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zumindest eine „beachtliche allgemeine Verbundenheit mit Ostdeutschland“ gebe. Eine deutliche Mehrheit sei vor 1975 geboren, kenne also das alte System aus eigenem Erleben. Das präge familiäre Rollen, das Verständnis von Freundschaft und Heimat. Aber auch die Antworten auf diese Fragen: „Wer gehört zum Volk?“, „Was darf, was soll der Staat leisten?“.

Doch genauso prägend war der Umbruch, der nach den Jubelfeiern zur Deutschen Einheit über den Osten fegte. Treuhand[1], Firmenschließungen, Massenarbeitslosigkeit. Kollmorgen kann die Folgen aufzählen: Verunsicherungen, Auflösung sozialer Zugehörigkeiten. Ansehen und Selbstverständnis waren nachhaltig erschüttert. Eine Reaktion darauf war ein trotziges Wir-Gefühl, das auch fast 35 Jahre nach dem Mauerfall anhält.

Während sich im Westen nach dem 3. Oktober 1990 kaum etwas änderte, erlebte der Osten den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland als „Programm einer Vereinigung durch Anpassung des Ostens an den Westen“, so Kollmorgen. Gleichberechtigte Partner waren sie in der allgemeinen Wahrnehmung kaum: „Die Ostdeutschen waren weniger, besaßen weniger, leisteten weniger und wussten weniger.“

Ihre Identität war ein Stigma, ihre Herkunft bestenfalls zweifelhaft. Kollmorgen glaubt, dass diese bedrohte Identität bei einigen auch in eine „bedrohende Identität“ umschlug. Aggressionen flammten nicht nur gegen Westdeutsche auf, sondern „gegen alles, das fremd erschien und sich den von manchen erklärten ostdeutschen Normalitätsvorstellungen verweigerte – Ausländer, Außenseiter, linke Jugendliche“.

Das ist letztlich das Reservoir, aus dem sich aus Westdeutschland stammende Rechtsextremisten wie Björn Höcke heute in Ostdeutschland bedienen. Bei jenen also, die auf

[1] die Treuhand, oder Treuhandanstalt : l'institution ouest-allemande chargée de la privatisation des biens de l'ex-République démocratique allemande (RDA) après la réunification.

die versprochenen blühenden Landschaften teils Jahrzehnte warten mussten und für die neuerliche Umbrüche vor allem eine unglaubliche Zumutung sind.[...]
Bei Weitem nicht alle Ostdeutschen sind heute deprimiert und fühlen sich zurückgesetzt. Viele engagieren sich für ihre Heimat, auch wenn sie dort gar nicht mehr leben. Fast zwei Millionen Menschen sind seit 1989 von Ost nach West gezogen. In Köln etwa, geografisch etwas näher an Paris als an Dresden gelegen, setzen sich regelmäßig zwei Männer zusammen und erklären der Welt, was das eigentlich heißt: ostdeutsch zu sein.

Danny Frede und Alexander Derno betreiben einen Podcast mit dem Titel „Ostkinder 80/82". Sie wuchsen in der DDR und später im gesamtdeutschen Osten auf, Anfang der Nullerjahre zogen beide nach Nordrhein-Westfalen, wo sie merkten: Wir sind anders als die anderen.
Wir sind ostdeutsch. Was – tief im Westen – kein Qualitätssiegel war. Denn in der Dauerdebatte darüber, was Ostdeutschland und die Menschen dort ausmacht, geht es immer wieder um Rassismus, Rechtsextremismus, demografische und wirtschaftliche Krisen – und vor allem aber um die AfD.[...]

„Natürlich ist dieser Rechtsruck beängstigend", sagt Frede. Er habe seinen Freund nicht geheiratet, aus Angst vor möglichen Diskriminierungen in einer ungewissen Zukunft – und sich trotzdem Optimismus verordnet: Die gut 30 Prozent, die mit der AfD sympathisierten, nehme er in Thüringen kaum wahr. »Aber die anderen«, sagt er, „die 70 Prozent, die machen mir Mut."

Zahlreiche Ostdeutsche haben inzwischen ihre Stimme erhoben und wollen sich nicht wie in den zurückliegenden Jahrzehnten von außen erklären lassen, wie sie ihre Geschichte und die aktuelle Lage im Land zu bewerten haben. Die neue Ost-Identität ist vorwiegend positiv. Nicht als Gefahr für die Demokratie wollen die Menschen nach dem Ende der DDR in die Geschichtsbücher eingehen, sondern eher als Avantgarde. Die Ostdeutschen mussten in den Jahren nach dem Mauerfall so viele Miseren überstehen, dass sie inzwischen wissen, dass hinter jeder Krise auch wieder eine Zukunft wartet. Sie kennen sich aus mit Umbrüchen und Aufbrüchen. Sie können sich auch neu erfinden.[…]